Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:

Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 34 | Danzig, Sonnabend den 26. August 1916 | 7. Jahrgang

Europas Schicksal

Mit allen Mitteln, die Technik und Wissenschaft den Menschen an die Hand geben, stürmen von Westen, von Süden und von Osten die Ententeheere gegen Mitteleuropa an. Ein ungeheuerliches Massenringen, wie es die Geschichte niemals gesehen oder auch nur für möglich gehalten hat, umbrandet das Binnenland Europas. Britische Staatskunst hat einen Ring geschmiedet, der gleichsam das Herz Europas einschnüren sollte. Nun ist dieser ideelle Ring ein höchst wirklicher und lebendiger Gürtel von Heeresmassen und Kriegsfahrzeugen geworden, der aus bloß diplomatischer Einkreisung die militärische Lebensbedrohung gemacht hat. Es ist eine ernste, die unabsehbare Zukunft bestimmende Entscheidungsstunde für Europa gekommen.

Dieser Krieg der Rand- gegen die Binnenvölker Europas ist durch Ereignisse losgebunden worden, die noch viel umstritten sind, deren Erklärung und Verantwortung wohl die nächsten Jahrzehnte beschäftigen werden. Die tiefen, gleichsam untermenschlichen Ursachen der Spannung zwischen den Staaten liegen heute schon offen zutage. Fast allgemein wird zugegeben, daß sie vorwiegend wirtschaftlicher und sonach nationaler Natur sind. Indessen spielt auch ein Bestimmungsgrund mit, der durch die geschichtliche Entwicklung des Erdteils gegeben ist.

Es ist ein Zufall, daß heute die vereinigten Randvölker Europas gegen dessen zwei Binnenstaaten anstürmen. Ein ungleiches Geschick hat beide Staatengruppen in den vergangenen Jahrhunderten geleitet. Solange die Volksmassen Europas, wie im Mittelalter, sich auf den Heimatboden beschränkten, lag das Schwergewicht Europas in seiner Mitte, in den deutschen und österreichischen Landen. Nicht mit Unrecht spricht man vom germanischen und später vom deutschen Mittelalter. Seit der Entdeckung Amerikas, seit der Entwicklung der Ueberseeschiffahrt, seitdem der Kapitalismus wie ein Gärmittel in die Völkerschaften Europas eindrang und sie mit einem unbezähmbaren Wander- und Ausdehnungstrieb befiel, haben Europas Randvölker vor dem Binnenland eines voraus. Sie besaßen die freie Ausdehnungsmöglichkeit über das offene Meer in die Kolonien jenseits des Ozeans oder über die Steppen des Ostens hin in die Barbarei und Wildnis. Meist stehen sie mit dem Festland nur durch einen schmalen Grenzrain in Verbindung, der leicht zu verteidigen ist. Großbritannien gar hat gar keine Landesgrenze. Auf solche Weise im Rücken gedeckt, wachsen sie und wachsen, dehnen sie sich gleichsam ins Unendliche. Eng umschlossen in den Grenzen der Heimat bleibt Mitteleuropa, über das noch dazu die furchtbare Verheerung des dreißigjährigen Krieges hereinbricht. Die selbst schon durch die ungleich gewordenen Daseinsbedingungen der Völker verursacht ist. Die Geographie war gegen Mitteleuropa.

Im allgemeinen hat man keine zulängliche Vorstellung von dieser Ungleichheit der Entwicklung. Man weiß im allgemeinen bloß, daß sich durch die Entdeckungen zuerst Spanien und Portugal in die Welt teilten. Daß sie ungeheure Edelmetallvorräte zusammenraubten, mit deren Hilfe sie wirtschaftlich und militärisch erstarkten. Man weiß, daß zuerst die Niederlande sie ablösten, daß in einer Zwischenzeit von anderthalb Jahrhunderten Frankreich die Vormacht des Festlandes wurde. Bis sich endlich das am glücklichsten gelegene England nacheinander an die Stelle der Spanier, Niederländer und Franzosen vordrängte. Aber ein anschauliches Bild dieses Wachstums besitzen wenige.

Wir wollen den Versuch unternehmen, es an dem Beispiel Englands kurz darzustellen. Im Jahre 1603 war England noch ein fast nebensächlicher europäischer Kleinstaat. Schottland gehörte nicht zu ihm. Selbst Wales und Irland waren ihm nur lose angegliedert. Die Engländer zählten nicht mehr als drei Millionen Köpfe. Also nicht viel mehr als heute das Kronland Niederösterreich auf einem Boden von 236 000 Quadratkilometer, Wales und Irland schon inbegriffen. Der von Engländern besiedelte Boden war kleiner als jener Oesterreichs ohne Ungarn. An Boden und Volkszahl stand England weit hinter dem damaligen deutschen Reich oder auch hinter Frankreich zurück. In den letzten dreihundert Jahren ist aus diesem Kleinvolk eine weltbeherrschende Nation geworden. Sie regiert ein Reich, das in Europa auf 318 000 Quadratkilometer 47 Millionen, in Asien auf 53 Millionen Quadratkilometer 325 Millionen, in Afrika auf rund 10 Millionen Quadratkilometer 52 Millionen, in Amerika auf 9 Millionen Quadratkilometer 10 Millionen und in Australien auf 8,3 Millionen Quadratkilometer nahezu 7 Millionen Einwohner zählt. Der Landbesitz hat sich von 236 000 auf 33 857 000 Quadratkilometer ausgedehnt, ist also 143mal so groß geworden.

Eine Liste der Besitzergreifungen Englands würde Spalten füllen. Im siebzehnten Jahrhundert dehnt es sich mäßig aus durch Siedelungskolonien in Amerika und durch die ersten Handelsniederlassungen in Indien. Durch den Krieg werden 1634 die Portugiesen aus Bengalen vertrieben, 1655 Jamaika erobert und 1667 alle niederländischen Besitzungen in Nordamerika erworben. Im achtzehnten Jahrhundert hat England beinahe ununterbrochen Krieg geführt und so 1704 Gibraltar von Spanien, 1763 Kanada und 1795 Ceylon von Frankreich erobert, neben vielen Inseln und Flottenstützpunkten in allen Meeren. Die größten Erwerbungen macht England im neunzehnten Jahrhundert: Malta 1814, Kapstadt 1806, Helgoland 1807, die ganze Kapkolonie 1815, Singapore 1824, Aden 1839, Natal 1841, Hongkong 1843, das Pandschab 1849, womit ganz Vorderindien englisch geworden ist, Unterbirma 1862, Zypern 1878, Aegypten 1882, die Inseln des Stillen Ozeans 1887, Britisch-Ostafrika 1888, Südafrika 1889, Zentralafrika 1891, Uganda 1894, den Sudan 1908, die Burenrepubliken 1902, Südpersien 1907. Mitten in diesem Kriege wird Aegypten 1914 förmlich unter englisches Protektorat gestellt.

In den allermeisten Fällen vollzieht sich die Erwerbung, indem mehr oder minder herrenloses Land, primitive Staaten oder Kolonien in Besitz genommen, den älteren Kolonialmächten (Spanien, Portugal, Holland und Frankreich) in glücklichen Streifzügen abgenommen oder nach europäischen Kriegen in Friedensschlüssen aberkannt werden. Im großen ganzen ist es ein müheloser Erwerb, der der seefahrenden Nation, die auf ihrer Heimatinsel unbedroht ist, beinahe von selbst in den Schoß fällt.

Diese Gunst der Lage teilt England, die Vormacht des Westens, mit der Vormacht des Ostens, mit Rußland. Unendlich wie das Meer breitet sich das Steppenland vom Fuße der Karpathen bis nach Asien hinüber, bis zum Fuße des Kaukasus, des Hochplateaus von Iran, des Altaigebirges und bis zum Stillen Ozean, durch den Rücken des Ural in zwei Teile geteilt. Dieses unendliche Steppenland geriet am Ausgang des Mittelalters unter die Gewaltherrschaft der Mongolenkhane, die im Fluge ein Weltreich von nie gesehener Ausdehnung aufgerichtet hatten. Auch die großrussischen Fürstentümer wurden ihnen tributpflichtig. So rasch wie es gegründet wurde, brach das Reich wieder zusammen. Auf seinen Trümmern gründeten die Fürsten von Moskau das neue russische Staatswesen. Das ursprüngliche großrussische Wohngebiet war ausgedehnt und nährte ein zahlreiches Volk. Aber es ist nur ein Bruchteil des heutigen europäischen Rußland und reichte weder an die Ostsee, noch an das Schwarze Meer, noch an den Ural. Die weit nach Osten vorgedrungenen Heere der Mittelmächte haben noch lange nicht großrussischen Boden betreten, sie stehen auf erobertem Land. Im nordischen Krieg, zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts, schlug sich Rußland den Weg zur Ostsee, zum Schwarzen Meere und zum Kaukasus. Indem es Teile des schwedischen, polnischen, ukrainischen und türkisch-tatarischen Reiches eroberte. Es erwarb die Ukraina durch Vertrag und List, Polen im Wege der Teilung, Kongreßpolen erst 1815. Diese Erwerbungen dankt Rußland militärischer und diplomatischer Kraftaufwendung in der Zeit von 1700 bis 1814. Im neunzehnten Jahrhundert aber wuchs Rußland beinahe automatisch, in unaufhörlichen Kleinkriegen und Streifzügen wider unterlegene Stämme und Staaten, nach Osten fort. Es eroberte Kaukasien, Mittelasien, Sibirien, das ganze Nordasien bis zum Stillen Ozean und siedelte den Ueberschuß seines Volkes und seiner Intelligenz als Vorposten in einem Ländergebiet an, das, so bewirtschaftet wie Mitteleuropa, 1200 Millionen Menschen nähren kann. So erreicht das Staatswesen des Zaren ohne besonderen Kraftaufwand 22 386 000 Quadratkilometer Flächeninhalt — 33mal so viel als Oesterreich-Ungarn! — und eine Volkszahl von 170 Millionen Köpfen.

Frankreich, das von England in den letzten zwei Jahrhunderten so rasch überholt worden ist, gewann trotzdem durch die gleiche Gunst der Lage. Es erwarb zu den alten Kolonien seit 1871 ganz Nordwestafrika, Madagaskar und reiche hinterindische und chinesische Besitzungen. Der von der Republik beherrschte Boden mißt mehr als 11 Millionen Quadratkilometer mit 95 Millionen Menschen.

Das Ausdehnungsbestreben des kapitalistischen Zeitalters fand also bei den Randnationen Europas freie Bahn und machte sie zu Herren der Erdoberfläche. Sie haben in diesem Zeitalter beinahe unablässig Krieg geführt, aber Krieg mit halbfertigen oder halbwilden Staaten und Völkern. Die zwei Binnenstaaten Mitteleuropas hingegen blieben durch Jahrhunderte auf ihr altes Gebiet beschränkt und arbeiteten sich mühevoll aus der Verelendung empor, in die sie der dreißigjährige Krieg gestürzt hatte. Erst spät überwundene innere Gegensätze hemmten dabei ihre Entwicklung lange Zeit. Mit der Begründung des Deutschen Reiches 1871 und der Neuordnung der Verfassung der Donaumonarchie 1867 entfaltete sich die kapitalistische Wirtschaft, bewirkte eine rasche Volksvermehrung und eine rasche industrielle Blüte. Das mit dem Kapitalismus notwendig verbundene Wachstum der Produktivkräfte äußerte sich in Deutschland zunächst nicht als Ausdehnung im Raume, sondern als Konzentration im Innern. Es trat hervor als erstaunliche Vermehrung der großen Städte, als höchste Organisation der Industrie und der ganzen Volkswirtschaft. Erst spät drängte sie wirtschaftlich über die Grenzen in Gestalt gesteigerter Teilnahme am Welthandel und an der Seeschiffahrt. Und bald verlangte der Kapitalismus der Binnenländer auch Anteil an der politischen Verfügung über die Welt.

Gewaltige Machtmittel haben die Staaten im Westen und im Osten gerade durch ihre vielhundertjährigen Eroberungen angehäuft. Das Kapital aus fünf Erdteilen kämpft auf Seite Englands. Viele hundert nichtrussische Volksstämme kämpfen neben den Großrussen. Nie, seitdem die Erde steht, ist solche Gewalt aufgeboten worden. Auf der anderen Seite aber steht die Geschlossenheit des Gebietes. Steht die entschlossene Vereinigung zweier in Bestand und Zukunft bedrohter Reiche, steht die intellektuelle und technische Kraft aufstrebender Industriestaaten.

Das kapitalistische Ausdehnungsstreben hat die geographische und geschichtliche Stellung der Rand- und Binnenvölker Europas zum politischen und kriegerischen Gegensatz ausgeprägt. Viele tiefe und ernste geschichtliche Gegensätze sind durch kluge, maßvolle und zielsichere Staatskunst unblutig ausgetragen worden. Wir erinnern nur, um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu geben, an den Marokkokonflikt. An diesem großen, umfassenden, ganz Europa spaltenden Gegensatz ist das Mittleramt gescheitert. Selbst zwei volle Kriegsjahre haben eine endgültige Entscheidung noch nicht gebracht. Und so hämmern noch immer im Westen, Osten und Süden die Heeresmassen der Randvölker an die Tore Mitteleuropas, die die Binnenvölker verteidigen. In atemberaubender Spannung harrt die Welt der reifenden Geschicke, der leidende Zeuge furchtbarer Geschehnisse, unter denen ein neues Europa werden soll. Wir aber hegen nur einen Wunsch: Möge sich alles uns zum Guten wenden!

Kriegsnachrichten

Der Erfolg der Offensive

Die verbündeten deutsch-bulgarischen Truppen haben die Offensive ergriffen und auch bereits Erfolge erzielt. Eine Havas-Meldung aus Saloniki gibt das auch zu. Sie lautet: Oestlich Kavalla überschritten die Bulgaren den Mestafluß mit schwachen Kräften und trieben Patrouillen auf Kavalla vor. In der Strumagegend besetzte der Feind die Festungen Lisa und Staraska. Auf dem linken Ufer rückten Abteilungen in die Nähe des Flusses vor. Westlich der Struma wurden bulgarische Angriffe auf Forni Natinka durch Feuer angehalten. In der Nähe des Dojran-Sees schlugen englische Truppen einen bulgarischen Angriff auf Doldzeli ab. Auf dem Westufer des Vardar war die Beschießung hauptsächlich in der Gegend von Majadag lebhaft. In der Gegend südlich Monastir dauert der Kampf an den Zugängen von Barcica zwischen Abteilungen serbischer Vorhuten und bulgarischen Kräften an, die aus Florina vorbrachen.

Hafenstadt in Deutsch-Ostafrika von englischen Truppen besetzt.

Nach einer Reutermeldung ist die Hafenstadt Bagamoyo in Deutsch-Ostafrika am 15. August von englischen Marinetruppen besetzt worden. General von Deventer rückt an der Zentraleisenbahn vor und General Northey führte seinen Vormarsch im Süden aus, indem er den Feind zwischen seine Truppenabteilungen und Hauptheer einschließt.

Der Krieg auf griechischem Boden

Aus Athen meldet das Reutersche Bureau: Der bulgarische Gesandte Passarow teilte dem Ministerpräsidenten Zaimis mit, daß die bulgarische Offensive mit der Besetzung mehrerer strategischer Punkte griechischen Gebiets begonnen habe. Zaimis war am Nachmittag im Tatoipalast beim König. Die Gesandten Elliot und Guillemin richteten an Zaimis die Frage, welche Schritte er tue angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung Mazedoniens vor den Bulgaren in alle Windrichtungen flüchte.

Angaben über französische Verluste

Aus amtlichen französischen Angaben veröffentlicht ein französischer Journalist in einem spanischen Blatte Ausführungen, denen zufolge der Reichstagsabgeordnete T. Pfeiffer, laut der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die Gesamtverluste der französischen Armee seit Kriegsbeginn auf 3 917 860 beziffert. Die Verluste vor Verdun an Toten und Verwundeten sollen 200 000 betragen. Der französische Journalist sagt ausdrücklich: Die Berechnungen seien begründet auf die durch die Pensionsdekrete im französischen „Journal Officiel" gelieferten Zahlen. Sie entsprächen auch vollständig den von kompetenten Persönlichkeiten erhaltenen Aufschlüssen.

Politische Rundschau

Gelungene U-Deutschland-Fahrt

Die Rückfahrt der den Ozean überquerenden kühnen Mannschaft des ersten Handels-U-Bootes Deutschland trotz der gegen sie veranstalteten englischen Hetzjagd glänzend geglückt. Am 23. August nachmittags ist es sicher in die Weser eingelaufen. Durch diesen Beweis deutscher Tatkraft haben sich Führung und Mannschaft ein höchst ehrenvolles Zeugnis ausgestellt. Wie ihr ganzes Volkes ihnen sorgend und doch hoffnungsfreudig auf dem gefahrvollen Wege durch die unendliche Wasserwüste folgte, so bringt es den mutigen Pionieren des Weltverkehrs jetzt seinen wärmsten Dank dar. Von der 4200 Seemeilen langen Strecke sind nur 100 Seemeilen unter Wasser gefahren! Das U-Schiff hat eine Länge von 65 und eine Breite von 8,9 Metern. Der Tiefgang beträgt 4,50 Meter. Der Raumgehalt beträgt 1900 Tonnen; die Tragfähigkeit ist 750 Tonnen.

Die Bedeutung des glücklichen Versuches darf, zumal inzwischen weitere Handels-U-Boote fertiggestellt worden sind, auch ohne den wirtschaftspolitischen Wert dieses Kriegsverkehrsmittels zu übertreiben, hoch gewertet werden. Gibt es doch eine Anzahl von Rohstoffen, auf deren Zufuhr Deutschland während des Krieges großes Gewicht legen muß. Auch bei der beschränkten Ladekraft solcher Handels-U-Boote bedeutet die Einfuhr von Nickel, Gummi und anderen Materialien eine außerordentliche Erleichterung. England wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß auch die strengsten Absperrmaßregeln künftig nicht zu verhindern vermögen, daß Deutschland seinen Bedarf an wichtigen Kriegsmaterialien durch die neuen Handels-U-Boote deckt.

Landsberg kontra Heydebrand.

In einer Rede zu Breslau kam der Reichstagsabgeordnete Landsberg auch auf die neulichen Ausführungen des Herrn v. Heydebrand über die Haltung der Sozialdemokratie zu sprechen. Er sagte:

„Herr v. Heydebrand hat kürzlich behauptet, wir seien vom Kriege mit fortgerissen worden, das ist ein großer Irrtum. Uns hat die Einsicht, daß Deutschland nur durch Einigkeit zu retten ist, zu unserer Stellungnahme gezwungen. Wir würden um diesen Preis selbst unsere Prinzipien, wenn sie dem entgegengestanden hätten, geändert haben, denn über dem toten Buchstaben steht das Leben. Jedes Volk hat ein Recht auf Dasein und Entwicklung. Mich gelüstet nicht nach dem Namen eines Regierungssozialisten. Ich bin mir klar darüber, daß die Forderungen, denen ich treu bleiben werde, kein Minister verwirklichen wird, sondern daß sie das Volk selbst verwirklichen muß. Ich bin meines Zieles sicher genug, um nicht ein Stück Weg mit einem leibhaftigen preußischen Minister gemeinsam zu gehen. Denn letzten Endes nennt uns eine Weltanschauung. Der Reichskanzler ist Anhänger einer scharf ausgeprägten aristokratischen Weltanschauung. Ich einer demokratischen Weltanschauung. Aber es würde ein Unglück für Deutschland sein, wenn dieser Mann einem anderen Platz machen müßte, der ein Annexionist wäre.“

Im weiteren Verlaufe seiner Rede berührte der Abgeordnete Landsberg des weiteren die Frage der Kriegsziele.

Berechtigte Interessen der Presse.

Eine für die Presse wichtige Entscheidung fällte das Oberlandesgericht Celle. Ein Wäschefabrikant in Lage hatte sich durch einen Artikel in der Bielefelder Volkswacht vom 23. September 1915: „Ausbeutung der Sandsackнäherinnen in Lippe“ beleidigt gefühlt und gegen den Redakteur Genossen Schädrich Klage erhoben. Das Schöffengericht Lage erkannte jedoch auf Freisprechung und das Landgericht Detmold verwarf die Berufung des Privatklägers. Auch die Revision wurde jetzt vom Oberlandesgericht Celle zurückgewiesen. Es heißt in dem Urteil: „Es ist anerkanntes Recht, daß die Wahrnehmung der Interessen dritter Personen grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist und jedenfalls dann unter § 193 St. G. B. fällt, wenn Angelegenheiten in Frage stehen, die dem Täter vermöge seiner näheren Beziehungen zu ihm ein individuelles Interesse an der Kritik geben. Ein solches besonderes Verhältnis des Angeklagten zu den Interessen der Personen, für die er eingetreten ist, hat der Vorderrichter festgestellt, ohne daß diese Feststellung, weil im wesentlichen tatsächlicher Art, der Nachprüfung durch das Revisionsgericht unterläge. Die Anwendung des § 193 St. G. B. ist daher nicht zu beanstanden.“

— **Die geheime Kriegsliteratur gegen den Reichskanzler.** Die „Drei Deutschen“ vertreiben nicht nur das Pamphlet von Junius [illegible] und die Denkschrift Kaiser in Buchform-Neuauflagen, sie verbreiten auch „Drei Briefe eines Kriegsteilnehmers“. Die „Welt am Montag“ teilt darüber mit:

„Die [illegible] „Drei Deutschen“ [illegible] Briefen einer Weltanschauung abgeben. Das Büchlein, dessen Kennzeichnung schon auf die Wahlkämpfen der Reichstagsabgeordneten [illegible] nach [illegible] auch seinen Namen, nämlich [illegible] den das Drucken [illegible] Der Verfasser aber [illegible] Die „Drei Deutschen“ bekennen in ihrem Vorwort, daß es ihnen [illegible] Kriegsziele Ausdruck geben. Das wird aber [illegible] Kriegsziele eine [illegible] Verleumdung zurückweisen muß, die die Unterstellung, das Redaktionsteam [illegible] einer Reichstagsrede zum Verfasser haben. Denn es handelt sich bei [illegible] um das Verderbliche und zugleich Niedrigste, was bisher überhaupt in der geheimen Kriegsliteratur gegen Reichskanzler produziert worden ist.“

Von einem [illegible] Sonderregierungsbezirk ist dem „Berliner Tageblatt“ [illegible] Schreiben übermittelt worden, das offenbar [illegible] an seine Adresse gerichtet wurde:

„Eine [illegible] Ausfertigung aus dem Sachsenwald, die noch Kenntnisnahme zu verbrennen ist.

Fürstlich Bismarckische Forstverwaltung.

Es [illegible] erhalten Sie von einem [illegible] unbekannten Absender eine Serie [illegible] Denkschriften. Wir bitten Sie [illegible] am Tage des Empfanges aus dem beiliegenden Verzeichnis [illegible] und die Exemplare zu verschiedener Stunden in verschiedenen Gebäuden und Straßen Ihrer Stadt in Kamin [illegible] zu lassen. — Indem wir annehmen, daß Sie für [illegible] bis zum Boote des Vaterlandes gleich [illegible] unterstützen verbleiben wir

mit deutschem Gruß und Handschlag

Der Deutsche

[illegible] „Drei Deutschen“ [illegible] Schreiben [illegible] Kenntnis [illegible] Kenntnisnahme [illegible] folgen.

Gegen das gleiche Wahlrecht

Unter den Politikern der Rechten ist eine eifrige Aktion im Gange, um die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu verhindern, und dessen Abschaffung im Reiche als sogenannten „ideale“, aber doch ziemlich aussichtslose Forderung zu propagieren. In dieser Richtung bewegt sich auch ein Artikel des Königsberger Professors, Grafen zu Dohna, im „Tag“. Graf Dohna macht zunächst einige ganz verständige Anmerkungen über die Mangelhaftigkeit des Kreiswahlsystems, an dessen Stelle er die Einführung von Verhältniswahlen vorschlägt. Dann aber fährt er fort:

Nun läßt sich das Proportionalwahlsystem ebensowohl mit dem gleichen wie auch mit dem abgestuften Wahlrecht in Verbindung setzen. Hier gehen bekanntlich die Wahlsysteme des Reichs und Preußens so weit auseinander, daß es schon an und für sich wahrscheinlich ist, daß der richtige Standpunkt in der Mitte liegt. Wenn Preußen 80 p. H. der Wähler in die dritte Klasse weist, damit sie dort — nicht etwa ein Drittel der Sitze besetzen, sondern ein Drittel der Wahlmänner wählen, die dann noch immer Gefahr laufen, im zweiten Wahlgang überstimmt zu werden, so ist das ebenso unklug wie ungerecht. Wenn das Reich statt dessen jedem Bürger das gleiche Stimmrecht gewährt, so ist das offensichtlich gerade so ungereimt, weil dabei das sehr verschiedene Maß an politischer Schulung, Einsicht und Geltung ganz außer Ansatz bleibt.

Darum strebt Graf Dohna eine Verbindung des proportionalen mit dem Pluralwahlrecht an. Die Bemessung der Stimmen soll nach den Umständen erfolgen, die „für die soziale Bewertung des Individuums Bedeutung haben“; unter ihnen sei „der Besitz ein wichtiger, nicht aber der ausschließlich maßgebende Faktor“.

Graf Dohna will also, daß die Staatsbürger nach verschiedenen Kriterien, besonders auch nach dem Geldbeutel, „sozial bewertet“ und verschieden berechtigt werden sollen. Diejenigen, die jetzt Kriegsgewinne erzielen, würden natürlich mehr Stimmen erhalten, als besitzlose Krieger, die jahrelang im Schützengraben gewesen sind. Gegen solche Pläne kann nicht entschieden genug Front gemacht werden.

— **Zur Haltung der Regierung in der Frage der politischen Zensur** schreibt die „Berliner Morgenpost“: „Also kurz und gut: es bleibt alles beim alten. Ob ein Zeitungsaufsatz gehässig oder nicht gehässig ist, ob der Verfasser den Willen gehabt hat, andere Leute herabzusetzen und ob seine Ausführungen im Sinne einer Herabsetzung wirken — alles das kann nicht nach objektiven Normen entschieden werden, sondern die Entscheidung bleibt nach wie vor dem subjektiven Ermessen des Zensors überlassen. Wer bürgt uns denn dafür, daß sich nicht irgend ein Zensor findet, der die Kennzeichnung, die wir oben den „Drei Deutschen“ haben zuteil werden lassen, als gehässig und herabsetzend empfindet? Die Quelle, aus der alle jene verdrießlichen und betrübenden Mißstände stammen, über die wir uns bisher zu beklagen hatten, fließt eben munter weiter. Die Quelle dieser politischen Uebel aber ist die politische Zensur. Sie ist es heute so, wie sie es zu allen Zeiten war. Diese Quelle muß verstopft, das heißt, die politische Zensur muß beseitigt werden. Wir bedauern es sehr, daß der Reichskanzler zu dieser Auffassung sich nicht durchringen kann.“

Kriegsziele und Friedensgesellschaft.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft hatte in einer Eingabe an den Reichskanzler gebeten, ihr die Aussprache über Kriegs- und Friedensziele freizugeben mit dem Hinweis darauf, daß man auch dem Nationalausschuß Redefreiheit zugestanden habe. Daraufhin ist der Friedensgesellschaft vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe folgende Antwort erteilt worden:

„Der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft gestatte ich mir auftragsgemäß auf das gefl. Schreiben vom 28. Juli dieses Jahres ergebenst zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler der dortigen Auffassung, daß durch das Auftreten des Deutschen Nationalausschusses die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele verändert sei, nicht beizutreten vermag. Auch dem Deutschen Nationalausschusse gegenüber ist darauf hingewiesen worden, daß dem Antrag auf Freigabe der Erörterung von Kriegszielen nicht entsprochen werden könne, solange noch auf allen Fronten erbittert gekämpft wird. Dementsprechend ist er ferner bedeutet worden, daß die Gestaltung eines die Zukunft des Reiches sichernden und seine Stärke mehrenden Friedens nur in allgemeinen Umrissen, ohne Eingehen auf konkrete Forderungen und polemische Schärfe besprochen werden könne. Die unerläßliche Voraussetzung für eine in dieser Beschränkung zugelassene Behandlung von Kriegszielfragen bleibt ferner, daß die Erörterung vom Geiste entschlossenen Durchhaltens nach außen und innen getragen ist. Ebenso ist für die Veröffentlichung von Berichten über den Verlauf der Versammlungen und die Wiedergabe etwa gefaßter Resolutionen in der Presse Voraussetzung, daß darin nichts enthalten ist, was die innere Geschlossenheit unseres Volkes stören, den Widerstand unserer Feinde anfeuern oder ihre Hoffnungen auf ein Nachlassen unserer Kräfte stärken könnte. Diese Richtlinien behalten gleiche Geltung für die Veranstaltungen aller Organisationen und Parteien.

Die Prüfung und Entscheidung im Einzelfalle ist Sache der Behörden, die die Verantwortung für den Verlauf derartiger Veranstaltungen zu tragen haben.“

— **Vom Kampf gegen die Reichsregierung.** Im Königreich Sachsen wird eine neue, in Schreibmaschinenschrift hergestellte Schrift verbreitet. Aus dem Inhalt teilt das „Berliner Tageblatt“ folgende Sätze mit:

„Da die Zensur den öffentlichen Ausdruck der wahren Gesinnung des Volkes verhindert, muß ein anderer Weg gesucht werden, auf dem ehrliche deutsche Denkende sich verständigen. . . . Unerfahrener wird von der Reichsregierung eine besondere Klasse von Staatsbürgern auffällig begünstigt. . . . Alle rechtsstehenden und deutschempfindenden Kreise werden höhnisch zurückgesetzt. . . . Das deutsche Volk soll unter jüdische Vormundschaft kommen. Ferner führt das Verhalten der Reichsregierung gegenüber einzelnen Bundesstaaten dem längst eingeschlafenen Partikularismus Nahrung zu. . . . Wir können daher nicht mit Vertrauen einer Entwicklung zusehen, die dem Abgrunde zutreibt. Wer Gelegenheit hat, die wahre Stimmung in unserem Volke kennen zu lernen, wird gewahren, daß sich überall verhältnismäßig der Unwillen gegen die jetzige verantwortliche Leitung der Reichsgeschäfte steigert. . . . Wer diese Ueberzeugungen teilt, der mag durch Abschrift dieses Schreiben weiterverbreiten. . . .“

„Eine Anzahl hochachtbarer Männer“ heißt es zum Schluß, „hat es bereits [illegible] dieses Schreiben zu unterzeichnen. Gegebenenfalls sind die Betreffenden bereit, für das Gesagte einzutreten.“

— **Das Zentrum gegen die sozialdemokratische Friedenspetition.** Mit einer großen Volksversammlung in Mannheim, in der Reichstagsabgeordneter Oskar Geck sprach, haben unsere badischen Parteigenossen die Aktion für den Frieden eingeleitet. Dem Zentrum ist diese Tätigkeit offenbar sehr unbequem, denn das führende Organ des badischen Zentrums, der „Badische Beobachter“, erhebt energisch Widerspruch in einem Ton, der dem alldeutschen Drauflgängertum alle Ehre machen würde. Das badische Zentrumsblatt verfolgt ganz offensichtlich den Zweck, die Militärbehörde gegen die sozialdemokratische Friedenspropaganda scharf zu machen.

Prozeß Liebknecht

Ueber die Verhandlung gegen Genossen Karl Liebknecht vor dem Oberkriegsgericht geht uns unterm 23. August durch das Wolffsche Telegraphenbureau folgender amtliche Bericht zu:

In dem Verfahren gegen Karl Liebknecht begann heute um 5 Uhr im Militärgerichtsgebäude in der Lehrter Straße die oberkriegsgerichtliche Hauptverhandlung. Das Gericht ist besetzt mit einem Fregattenkapitän als Vorsitzenden, einem Oberkriegsgerichtsrat, der die Verhandlung leitet, einem weiteren richterlichen Militärjustizbeamten, zwei Majoren, einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht als von ihm erwählter Verteidiger wieder Rechtsanwalt Brade aus Braunschweig zur Seite. Zu Beginn der Sitzung beantragte der Vertreter der Anklage Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit und der Gefährdung militärischer Interessen. Diesem Antrage wurde seitens des Gerichts stattgegeben. Die Verkündung des Urteils wird, ebenso wie in der ersten Instanz, in öffentlicher Sitzung erfolgen.

In der Strafsache gegen den Armierungssoldaten Liebknecht hat das Oberkriegsgericht heute nachmittag dahin erkannt, daß Liebknecht wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus, worauf ein Monat Untersuchungshaft anzurechnen ist, zur Entfernung aus dem Heere und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren zu verurteilen sei.

Die Verhängung einer schwereren Strafe als in erster Instanz scheint trotz voller Würdigung der zugunsten des Angeklagten sprechenden Umstände gerechtfertigt, wenn man berücksichtigt, daß Liebknecht seine Pflichten als Soldat und Staatsbürger zur Kriegszeit zum Schaden des bedrohten Vaterlandes in schwerster Weise verletzt hat. Er hat auch selbst eingestanden, daß er durch die Flugblattverteilung und durch die Veranstaltung der öffentlichen Demonstration eine Schwächung der deutschen Kriegsmacht bezweckte. Ueberdies war Liebknecht bereits früher wegen eines ähnlichen Vergehens mit einem Jahre sechs Monaten Festungshaft bestraft.

Gegen das heutige Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Revision zu.

— **Die „kleine, aber skrupellose Clique“.** Zu der herausfordernden Frage des Grafen Reventlow, warum denn die Reichsleitung nicht die Personen nenne, aus denen sich die kleine, aber skrupellose Clique zusammensetze, von der die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gesprochen, bemerkt die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“:

„Vielleicht wäre es in der Tat ganz nützlich. Wie wäre es z. B. mit einigen Aufklärungen über eine gewisse Vertrauensmännerversammlung, die am 30. Juli in München eine Probe davon genossen hat, wie von dieser kleinen, aber skrupellosen Clique gearbeitet wird?“

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Nach dieser Andeutung zu urteilen, scheint die „kleine, aber skrupellose Clique“, zu der, wie es heißt, „zahlreiche alte und gute Bekannte“ der Regierung gehören sollen, eine Propagandafreiheit zu genießen, die für die linksstehenden Kreise schon längst illusorisch geworden ist.

Volksernährung

Die Reichsfleischkarte.

Ueber die Einführung und Gestaltung der Reichsfleischkarte, deren Kommen kürzlich auch von uns angekündigt wurde, wird jetzt aus Berlin amtlich mitgeteilt: Nach der im Reichsgesetzblatt erschienenen Verordnung des Reichskanzlers und der dazu gehörigen Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes tritt die Verkaufsregelung für Fleisch und Fleischwaren im ganzen Reiche am 2. Oktober in Kraft. Damit bekommt also die Reichsfleischkarte, das heißt eine Fleischkarte, die zwar von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen, insbesondere den Kommunalverbänden, hergestellt und ausgegeben wird, die aber im ganzen Reiche Geltung hat, Gültigkeit. Der Verbrauchsregelung durch die Reichsfleischkarte werden alle wirtschaftlich wichtigen Fleischarten unterworfen. Hasen, Wild-Geflügel, Gänse und Enten unterliegen der reichsgesetzlichen Regelung nicht, sie können auch nach dem 2. Oktober ohne Karte gekauft werden, es sei denn, daß einzelne Bundesstaaten auch das Fleisch dieser Tiere der Verbrauchsregelung unterwerfen, wozu sie berechtigt sind. Daß man diese Tiere der Reichsfleischkarte nicht unterstellt, hat verschiedene Gründe. Vor allem fürchtete man, daß bei der niedrigen Höchstmenge von wöchentlich 250 Gramm, die vorläufig nur gegeben werden kann, der Ankauf dieser Tiere für die Haushaltungen unmöglich sein würde, sie würden deshalb wahrscheinlich fast ausschließlich in die Gastwirtschaften wandern. Bei den Hühnern mußten diese Bedenken zurücktreten. Das Verbot des kartenfreien Verbrauchs von Hühnerfleisch ist erwünscht im Interesse einer starken Eierproduktion. Daß die wöchentliche Höchstmenge von 250 Gramm, die das Kriegsernährungsamt vorläufig festgesetzt hat, überall sofort voll gegeben werden kann, auch in den Orten, die jetzt erheblich weniger erhalten, wird sich nicht erreichen lassen. Die einheitliche Rationierung im ganzen Reiche soll aber die Grundlage für eine solche Verteilung des Schlachtviehs bieten, daß möglichst bald die Höchstmenge wirklich überall gegeben werden kann. Der Verbrauchsregelung mußten auch die Selbstversorger unterstellt werden. Als Selbstversorger gilt, wer durch Hausschlachtung oder Ausübung der Jagd Fleisch und Fleischwaren

7. Jahrgang
Nr. 34

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
26. August 1916

Krieg – Volk – Frieden

Ueber dieses Thema spricht Reichstagsabgeordneter

Philipp Scheidemann-Berlin

Freitag, den 1. September, abends 8 Uhr
im großen Saale der Ostbahn in Ohra

Alle Männer und Frauen, ohne Unterschied der Partei, sind eingeladen!

Die sehr seltene Gelegenheit, sich von diesem führenden sozialdemokratischen Politiker, dem früheren Vizepräsidenten des Reichstages, über die politische Lage informieren zu lassen, sollte niemand versäumen.

Um eine geregelte Füllung des großen Saales zu ermöglichen, wird er bereits um 7 Uhr abends geöffnet!

Zur Deckung der Unkosten findet am Eingange eine freiwillige Sammlung statt.

314| **Die Einberufer** J. A.: **Julius Gehl.**

Um Kultur und Zukunft

Genosse Arthur Brill hat, wie er uns aus Rußland mitteilt, auf seine von uns veröffentlichten Feldbriefe zustimmende Zuschriften von Genossen der Mehrheit und andere von Freunden der Minderheit erhalten. Er setzt sich in den folgenden Darlegungen mit den Gegnern seiner im heißesten Kampf, wo er ständig dem Tode ins Auge sah, gehärteten Ueberzeugung so beweiskräftig, besonders über die Pflicht der Verteidigung der deutschen Kultur und des Vaterlandes, auseinander, daß seine Ausführungen uneingeschränktes Interesse verdienen.

Rußland, den 10. August 1916.

Werter Freund!

Meinen Brief, den Du in der Volkswacht veröffentlicht hast, hat mir einige Zuschriften von der Mehrheit und Minderheit der heutigen Parteipolitik eingebracht. Ich sage auch auf diesem Wege allen Freunden und Schreibern meinen besten Dank. Mein Bestreben ist, **die Einheit in der Partei** zu schaffen, die der Menschheit zur schnelleren Befreiung verhilft.

So gut wie ich den rechtsstehenden Genossen nicht folgen kann, kann ich aber auch nicht den ganz linksstehenden folgen. Die Meinungen zur Erreichung unserer Ziele können sehr verschieden sein, **dürfen aber nie so weit gehen, daß Sonderorganisationen gegründet werden. Geschieht dies und bekämpfen sich die Arbeiter durch Sonderorganisationen, dann ist der persönliche Kampf in den Vordergrund gestellt und der Freiheitskampf hintenan.** Dafür Beweise zu bringen, erübrigt sich. Der gewerkschaftliche Kampf beweist es zur Genüge. Ich habe Zuschriften von meinen Freunden der Mehrheit, wie auch der Minderheit. Von beiden Richtungen habe ich in meiner Arbeit viel gelernt. Einige kann ich als meine Meister bezeichnen, wofür ich ihnen stets danke. Aber diesmal muß ich als Lehrling meine eigenen Wege gehen. Ich kann wohl nach dem Grundsatz verfahren: Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß neben dem Kläger auch den Angeklagten hören. Zuerst will ich mitteilen, daß ich die Danziger Parteiverhältnisse genau kenne. Ich kenne die Sonnen- und auch die Schattenseiten. Fragen will ich nur, ob denn jetzt gerade die richtige Zeit ist, die Danziger Parteiverhältnisse, die hier und dort kranken, mit der allgemeinen Kriegspolitik zu verquicken? **Ich glaube, dazu gibt es Zeit genügend, wenn wieder ruhige Zeiten kommen.** Vergessen habe ich auch nicht, wie meine Musterung vor sich gegangen ist und was mir meine politischen Gegner persönlich zugefügt haben. Ich sage mir: dieses zu regeln, ist Zeit genügend nach dem Kriege. **Jetzt kommt im allgemeinen unser Vaterland als Ganzes in Frage.** Wenn unsere politischen Gegner mit den niedrigsten Mitteln uns bekämpften und bekämpfen, so trägt die Rückständigkeit unserer dortigen Arbeiter mit die Hauptschuld, **die den Gegnern ja doch erst die Macht gibt. Ist es für Danzig nicht beschämend, daß die Danziger Sozialdemokratie auch nicht einen einzigen Sitz im dortigen Stadtparlament hat? Alle müssen wir unsere Kraft anstrengen, um diesen Uebelstand zu beseitigen.** Ich bezweifele, ob durch die jetzige Parteizerrüttung wir unserm Ziel einen Schritt näher kommen. **Verschiedene Genossen wundern sich, wie ich für die Durchhaltepolitik sein kann. Alle wünschen wir den Frieden, ich um so mehr,** weil ich manches zu sehen bekomme, was Euch nicht möglich ist und Ihr auch nicht ertragen müßt, wovon Ihr verschont bleibt. **Aber zum Friedenschließen gehören doch mindestens zwei! Von deutscher Seite ist durch den deutschen Reichskanzler schon dreimal feierlich die Bereitwilligkeit zum Friedenschließen erklärt worden und auch vom deutschen Parteivorstand ist alles mögliche versucht worden, um den Frieden zu fördern. Was ist von den Staatsmännern und den Sozialdemokraten unserer Gegner geschehen? Nichts! Höchstens verhöhnt hat man Deutschland.** Wir haben im Frieden und werden auch wieder nach dem Kriege Kritik an den bestehenden Mißständen üben, damit das Deutsche Reich eine friedliche Stätte für alle Einwohner mit gleichen Rechten wird. **Die Kritik, die wir geübt haben und wieder üben werden, darf uns aber keine Veranlassung geben, uns einen bedingungslosen Frieden aufzwingen zu lassen.** Wir wollen keine Eroberung durch diesen Krieg. Wenn auch die sechs Wirtschaftsverbände solche Forderungen aufstellen, so wissen wir doch alle, daß das deutsche Volk hinter diesen Verbänden nicht steht. **Wir verteidigen in diesem Kriege unsere Kultur, Sitten und Gebräuche. Deutschland hat für die Kulturwelt sehr viel geleistet. Das Land, in dem Luther, Goethe, Schiller, Marx, Lassalle und Bebel geboren wurden, dürfen wir nicht zu einem Vasallenstaat Rußlands und Englands werden lassen!** Und weil wir deren Sklaven nicht gutmütig werden wollen, darum wollen uns die Gegner mit Gewalt zwingen. **Ebensogut** wie wir für unsere Kinder durch unsere sozialistischen Forderungen eine bessere Zukunft erkämpfen, **sind wir verpflichtet, ihnen das deutsche Vaterland zu erhalten, mögen die Opfer und Kämpfe auch noch so groß sein!**

Vorwärts! Nicht des Lichts Panier
Aus der Hand gegeben!
Siegen nicht, so kämpfen wir
Und heißt das nicht: Leben?!

Die Gegner wollen nicht früher Frieden schließen, bis ihre Ziele durchgesetzt sind. Frankreich verlangt die Rückgabe Elsaß-Lothringens und volle Entschädigung für den durch den Krieg erlittenen Schaden. Rußland hat durch seinen früheren Außenminister Sasanow als die drei Kriegsziele bezeichnet: Konstantinopel, Ostgalizien und die Vereinigung aller Polen unter dem Zarenzepter, also auch der preußischen Provinzen Oberschlesien, Posen und Westpreußen. **Wir Danziger sollen unter die Knute des Blutzaren kommen.** Haben wir jetzt schon nicht viel Rechte, dann sollen uns diese auch noch geraubt werden. Man wird mir sagen, Rußland wird nach dem Kriege mehr mit den Arbeitern zu rechnen haben. Das wohl ja. Aber erst würde nach einer Vergrößerung des russischen Reiches der Kamm den russischen Machthabern schwellen und wir müßten uns durch eigene schwere, ja vielleicht blutige Kämpfe unsere jetzigen Rechte erkämpfen. **Uns sind doch noch allen die Greueltaten der russischen Horden aus dem Revolutionsjahr 1905 bekannt.** England will die deutsche Industrie erdrosseln, die Herrschaft auf dem Meere und die Kontrolle über alle Rohstoffzufuhr nach Deutschland und über alle Ausfuhr von Fertigwaren aus Deutschland. **Das Kriegsziel Englands bedeutet die Brotlosmachung Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen. Durch die Verwirklichung des englischen Kriegsziels würden Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen dem Hunger durch Beschäftigungslosigkeit preisgegeben werden und zur Auswanderung gezwungen sein.** Für die andern würden die **Löhne sinken** und bei der Teuerung, die dann bestimmt bestehen bleiben würde, die Lage sich noch mehr verschlechtern. Man wird mir sagen, ich verkenne die Lage und sehe zu schwarz, ich vergesse, daß dann die Arbeiterorganisationen einsetzen würden. Als Gewerkschaftler weiß ich, was mit einer zum Hunger verdammten Arbeiterschaft anzufangen ist. Und weil ich die deutsche Arbeiterschaft vor solchen Kämpfen verschont haben möchte, bin ich für die Verteidigung des Vaterlandes, die Durchhaltepolitik.

Hoffentlich hat internationale Konferenz der neutralen Staaten im Haag am 31. Juli Mittel und Wege geschaffen, die es ermöglichen, daß die Sozialisten der kriegführenden Staaten sich erst einmal einig sind und so für den Frieden wirken. **Sollten die französischen und englischen Genossen bei ihrem Standpunkt verharren, dann bleibt für die deutsche Sozialdemokratie nichts anderes übrig, als die Politik vom 4. August weiter zu betreiben. Würden die Mittel zur Weiterführung des Krieges verweigert werden, dann würde dadurch der Krieg nicht verkürzt, sondern noch verlängert werden.** Zweitens würde die Verweigerung der Mittel gar nicht verstanden werden und wir würden unsern politischen Gegnern ein Agitationsmittel in die Hand geben, nach dem sie vergeblich zwei Jahre suchen. Denn die Kapp und Genossen wollen doch nichts anderes, als die viel angesagte Neuorientierung zu ihrem Nutzen und nicht für die Arbeiterschaft. Die Minderheit so gut wie die Mehrheit will so schnell als möglich die Menschheit von dem Alp des Krieges befreien. Beide vertreten dieselbe Forderung, nur in der Auswahl der Mittel sind sie verschiedener Meinung. Meinungsverschiedenheiten haben bestanden und werden bestehen müssen. Sie haben uns groß und stark gemacht und dürfen auch niemals aus unseren Organisationen verschwinden. Zum Dogma dürfen unsere Organisationen nicht herabsinken. **Aber nie dürfen die Formen der Meinungsverschiedenheiten den Charakter und das Ansehen unserer Bewegung schädigen.** Wir wissen, daß die Lohnkämpfer manchesmal gerne mit den Unternehmern einen Vertrag schließen wollten, sich aber nicht bedingungslos unterwerfen wollen und darum weiter kämpften. Aehnlich ist es jetzt mit den kriegführenden Staaten. **Deutschland will verhandeln,** die Gegner nicht. **Was bleibt anders übrig, als weiter zu kämpfen, ob wir wollen oder nicht.** Erst durch Verhandlungen kann ein Vertrag zustande kommen. Meine Freunde werden nun genau verstehen, warum ich für die Durchhaltepolitik bin. **Ich bitte sie, so gut wie ich es gemacht habe, den häuslichen Streit zu unterlassen,** dessen Austragung bis nach dem Kriege zu vertagen **und jetzt nur das allgemeine Wohl unseres deutschen Vaterlandes und unserer Partei im Auge zu behalten.** Nach dem Kriege bietet sich genügend Gelegenheit dazu und die Gemüter sind dann viel ruhiger. **Tun wir dies, dann leisten wir der gesamten Menschheit und unserer Bewegung den besten Dienst.** Als Sozialisten wollen wir doch die Menschheit zu wirklich freien Menschen machen. Dies wird und muß geschehen, **wenn wir eine einige Sozialdemokratie haben!**

Beim Bauen
Muß man schauen,
Um sich nicht zu verhauen.
Sonst kommt man in Elends Klauen.

Danziger Nachrichten

Reichstagsabgeordneter Scheidemann in Danzig

Es gibt nicht viele Männer, die jetzt so im Vordergrunde des öffentlichen Lebens stehen, wie Genosse Scheidemann. Seine Anschauungen über die das Volk und die Welt bewegenden Fragen zu hören, ist von besonderem Interesse. Die Danziger erhalten dazu, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und der Gesinnung, in der am Freitag den 1. September im großen Saale der Ostbahn in Ohra veranstalteten öffentlichen Versammlung die Gelegenheit. Scheidemann wird dort über das alle Denkenden lebhaft bewegende Thema: Volk! Krieg! Frieden! sprechen. Der hervorragende Redner ist nicht nur als Mitglied des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie bekannt. Er steht auch unter den führenden deutschen Politikern an erster Stelle. Scheidemann gehört unbestritten zu den proletarischen Charakterköpfen der Sozialdemokratie und des deutschen Reichstages, zu dessen geistvollsten Rednern er gerechnet wird. Bekannt ist, daß er, der frühere Buchdruckergehilfe, schon Vizepräsident des Reichsparlaments war und dieses Amt meisterhaft ausfüllte. Der geräumige Saal der Ostbahn mußte für die Versammlung genommen werden, weil ein anderer genügend großer in Danzig nicht frei war. Dieses Lokal faßt auch den stärksten Besuch. Niemand darf also etwa aus Furcht vor Ueberfüllung fern bleiben. Der Vortrag beginnt um 8 Uhr abends. Um aber die ungehinderte Füllung zu ermöglichen, wird der Saal bereits um 7 Uhr geöffnet werden.

Die Versammlung muß nicht allein nach Thema und Zahl der Besucher zu einem historischen Ereignis werden. Es ist etwas ganz anderes, ob eine solche Veranstaltung in Danzig oder an einem anderen Ort stattfindet und wirkt. Deshalb müssen alle Genossen und Freunde der Arbeiterbewegung im vollen Gefühl ihrer Verantwortung dafür sorgen, daß die Versammlung zu einer imposanten Bekundung des Willens und der Einheit der nach kulturellem Fortschritt ringenden Arbeiterschaft werde.

Genosse Otto Beltzner

ist am 5. August in Galizien durch Bauchschuß gefallen. Damit ist wieder ein Genosse das Opfer des Weltkrieges geworden, der in der Arbeiterbewegung politisch und gewerkschaftlich besonders tätig seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. In seiner Berufsorganisation, dem Zentralverbande der Zimmerer, bekleidete er das Amt des zweiten Kassierers der Zahlstelle Danzig. Politisch war er in der Leitung des Bezirks Nordwest des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt ungemein rührig und in seiner Unermüdlichkeit ein Vorbild für andere.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Zu Beginn der am 17. August abgehaltenen Versammlung beantragte Genosse Schröder gegen den langjährigen Vorsitzenden, Genossen Sellin, ein schroffes Mißtrauensvotum. Weil dieser in der vorhergegangenen Versammlung nach einer Abstimmung, deren Ergebnis von der Gesamtleitung als einwandfrei festgestellt wurde, die Stimmen nicht auszählen ließ, forderte Schröder, zu beschließen: daß S. einen groben Bruch seiner Pflicht und eine krasse Parteilichkeit begangen habe, für die ihm das stärkste Mißtrauen ausgesprochen werde; zugleich werde erwartet, daß S. nach der von Sch. als sicher vorausgesetzten Annahme dieser Rüge die Konsequenzen ziehe. Die Versammlung lehnte jedoch diesen Maßregelungsantrag mit 55 gegen 24 Stimmen ab. Sie hatte sich dann endgültig mit dem Bericht der Kommission zu beschäftigen, die in längeren Verhandlungen Vorwürfe die Genosse Sickfeld vorwiegend gegen den Genossen Bartel erhoben, geprüft hatte. Auf ein stimmigen Antrag der Kommission beschloß die Versammlung mit 51 gegen 17 Stimmen, daß sämtliche Anschuldigungen Sickfelds gegen Bartel unbegründet seien. Es sei nicht der geringste Beweis dafür erbracht worden. Sickfeld wurde deshalb gerügt, weil er den Zuträgereien Schröders leichtfertig geglaubt hatte. Jedoch wurde ausgesprochen, daß er dabei im guten Glauben Schröder gefolgt sei, und eine böswillige Absicht nicht hatte. Schröder traf durch die Umgehung der für ihn zuständigen Instanzen und wegen seines Vorgehens überhaupt der allerschärfste Tadel: er habe durch seine Zwischenträgereien Hintertreppenpolitik getrieben. Dann wurde beschlossen, daß zur Information der Genossen in einer späteren Mitgliederversammlung ein Vertreter der Reichstagsfraktion und ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ihre Ansichten darlegen sollen. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß die Sammlung von Unterschriften für die Friedenspetition des Parteivorstandes für Danzig von der Kommandantur untersagt worden sei.

Der Bezirk Schidlitz

des Sozialdemokratischen Vereins hielt am 10. August eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Bartel sprach in etwa einstündiger Rede über Zeit- und Parteifragen. Er führte u. a. aus: Vom Kommen des Weltkrieges sei die Sozialdemokratie nicht überrascht worden. Ihre wissenschaftliche Grundanschauung führte längst zu der Einsicht, daß der kapitalistisch-imperialistische Wettbewerb der Staaten zu einer Auseinandersetzung führen müsse. Englands kapitalistische Machthaber seien die eigentlichen Beherrscher der Erde. Sie sahen in dem wirtschaftlichen Aufstreben Deutschlands eine Gefahr, die sie zurückhalten wollten. Gegenüber diesen tieferen Gründen des Weltkrieges komme die Frage nach der auslösenden Ursache, so bedeutsam sie an sich sei, doch erst in zweiter Linie. Aber auch ihre Beantwortung führe zu der Ueberzeugung, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg um seine Kultur und seine Existenz führe, das sei im jetzigen Stadium des Krieges viel weniger als früher zweifelhaft. Den Blick für diese Erkenntnis dürften sich die Arbeiter auch nicht durch den menschlich verständlichen Unmut über die Opfer des Krieges und die schweren Schäden des Lebensmittelwuchers trüben lassen. Leider kennen die ausländischen Sozialisten, vor allem die französischen, noch immer jede Verständigung mit den deutschen ab und erschwerten so die Anbahnung des Friedens aufs schwerste. Der Verlangen der Angliederung der Reichslande Elsaß-Lothringen in Frankreich sei schon historisch unverständlich. Seiner Ansicht habe die deutsche Sozialdemokratie durch die Sicherung der Verteidigung ihres Landes ihre Grundsätze verletzt. Nur durch einmütiges Zusammenstehen aller Genossen könne der Vorwärtsdrang und der Friede unter den Völkern so schnell wie möglich erreicht werden. In der Debatte wurde dem Redner im allgemeinen zugestimmt. Doch wurde gewünscht, daß die Genossen im Reichstage noch schärfer dem Nahrungsmittelwucher entgegentreten möchten. In Zukunft sollen wieder regelmäßige Mitgliederversammlungen im Bezirk abgehalten werden.

Gesangverein Sängergruß.

Das reizende Heilen und Walten hat einige Stunden angenehm zu unterbrechen gelang dem Gesangverein Sängergruß. Seiner Einladung folgend versammelte sich am Sonntag den 20. August im Strauchschen Garten eine stattliche Zahl von Gesangs-Freunden. Mit Freuden sahen die Arbeitersänger ihre Sangesschwestern. Die gesanglichen Leistungen erfreuten, nur wenig [illegible] die Besserung [illegible] erwartet werden. Regenkündende Wolken veranlaßten zur Besteigung des Saales. Zum Abschluß der neue Frauenabteilung mit zwei Liedern: Dunkle Lieder und Sehnsucht [illegible]. Der Beifall war so stark, daß die Sängerinnen gezwungen waren das erste Lied zu wiederholen. Dieses erste Auftreten [illegible] der Gesangsabteilung war [illegible] gelungen. Verschiedene Unterhaltungen [illegible] Abwechslung bis der Morgen kam.

Der Verein kann [illegible] auf den Zuwachs [illegible] er errungen hat. Auch unsere [illegible] Freunde draußen werden darüber freudige Genugtuung empfinden. Ist es doch gerade ihr heißester Wunsch bei der Heimkehr das [illegible] Gesangsleben gefördert zu [illegible].

Am 23. August hielt der Verein eine Mitgliederversammlung ab, in der nach Erledigung interner Angelegenheiten ein [illegible] Vortrag [illegible] Unterhaltungsabend mit dem [illegible] Programm. Der Mai-Kommers [illegible] Mitte Oktober abgehalten werden. Form und Ausstattung dürften in ihrer Eigenart gute Wirkung erzielen. Für einen Septembersonntag wird ein Spaziergang in Danzigs schöner Umgegend geplant.

Die Kinderspiele der Freien Turnerschaft

finden auch am nächsten Sonntag zur gleichen Zeit und in derselben Ausführung wie bisher statt. Es wird pünktlich um 9 Uhr vormittags im Bürgergarten in Schidlitz begonnen. Rege Beteiligung ist im Interesse der Sache und besonders der Kinder dringend erwünscht. Außerhalb der Ferien sind die Spiele besonders zweckmäßig. Körperliche Bewegung im Freien ist naturgemäß dann nützlich, wenn die Woche im Schulhause zugebracht werden mußte.

Der für Sonntag angekündigte Ausflug ist vorläufig zurückgestellt worden. Die Spielleitung wird aber bald auf ihn zurückkommen und ihn rechtzeitig ankündigen.

Als freiwillige Krankenpfleger

können sich im Oberpräsidium auf Anugarten hilfsbereite Männer, die nicht felddienstfähig sind, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden. Wir verweisen auf die heutige Anzeige.

Städtische Delikatessen.

Unsere Mitteilung in der letzten Nummer, daß der Magistrat neben Oelsardinen und Leberpastete auch Preißelbeeren für 1.20 Mark das Pfund verkaufe, war in einer Hinsicht irrig. Es handelt sich um Preißelbeerkompott für diesen ungewöhnlichen Preis. Als Höchstpreis für Preißelbeeren gilt vom 17. August 40 Pfg. für das Pfund.

Die Volkswacht

dient den Arbeiterinteressen

und

schützt die Rechte des Volkes!

Jeder Genosse muß ständig für sie werben!

Zweckwidriges Verfahren.

Mit der allgemeinen Bestandsaufnahme, durch die am 1. September alle überhaupt vorhandenen wichtigen Lebensmittel ermittelt werden sollen, will der hiesige Magistrat noch eine besondere Feststellung verbinden. Die Haushaltungen sollen angeben, wieviel Kartoffeln sie im Winter brauchen. Zugleich sollen sie sich aber zur käuflichen Abnahme der angegebenen Menge verpflichten! — Uns ist unverständlich, wie man auf diesem Wege zur einwandfreien Ermittlung des winterlichen Kartoffelbedarfs kommen will. Es gibt kein Verfahren, das so sicher wie dies zu einem unbrauchbaren Ergebnis führen muß. Aus Furcht vor der Abnahmepflicht wird sehr häufig bei Minderbemittelten wohl durchweg eine viel kleinere Menge, als notwendig ist, angegeben werden. Dazu gibt es aber noch andere Umstände, die sich gerade im Kriege bis zum Ablauf des Winters nicht übersehen lassen und der Kaufpflicht entgegenstehen. Man sollte also auch im Rathause einsehen, daß der Vorschlag ganz verfehlt ist, und von seiner Durchführung absehen.

Ansammlungen der Butterkäufer

mehren sich wieder mit außerordentlicher Beharrlichkeit. Nach den Mitteilungen in unserer letzten Nummer haben wir eine Abnahme, besonders der großen Schar, die täglich auf das Geschäft von Dohm in der Kohlengasse angewiesen ist und sich in der ganzen Länge der Heiligengeistgasse in mehreren Reihen von der Kohlengasse bis zur Faulengasse ansammelt, nicht sehen können. Die Leute stehen wir früher stundenweise aus Sorge, daß sie das kleine Stückchen Butter auch noch nicht erhalten. Wir wollen hier nicht wiederholen, welche schweren gesundheitlichen Mängel mit diesem Stehen für Alte und Kränkliche verbunden sind. Auch das, was über die ungünstige Stimmung die hierdurch erzeugt werden muß von uns und anderen geschrieben worden ist, können wir als bekannt voraussetzen. Um so weniger ist zu verstehen, daß auch in dieser Hinsicht Danzig sich von anderen Städten wesentlich unterscheidet. Anderwärts hat man Mittel und Wege gefunden, um diese Ansammlungen, die besonders bei schlechtem Wetter eine schwere Gefahr bedeuten, zu vermeiden. Es müßte doch auch hier möglich sein, die Butter nicht bloß durch die großen Händler Dohm, Riebing und einige andere zu verteilen. Wurden genügend zahlreiche Verkaufsstellen eingerichtet und ihnen bestimmte Käufer zugewiesen, dann wären mindestens die großen Ansammlungen und das lange Stehen vermieden. Es müßte dann die zur Verfügung stehende Butter zugleich aber auch so verteilt werden, daß jeder Käufer nach der Kopfzahl der Familie sein gleichmäßiges Teil bekäme. Wir hoffen, daß die Dinge nicht so weiter gehen, sondern daß endlich auch hier in zweckmäßiger Weise vorbeugend eingegriffen wird.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der hiesige Meisterarbeiter A. Dohm von einer Amtsgerichtsstelle verurteilt worden sein, weil [illegible] nicht das Gesetz von ½ Pfund, sondern [illegible] empfohlen. Wir haben auf die Angelegenheit zurückkommen zu können.

Unangenehme Zusammenstöße in einer Speisehalle.

Die von uns wiederholt besprochenen Mängel der G. m. b. H.-Speisehallen führen mitunter zu Ereignissen, die für die Beteiligten recht unangenehm enden können. So hat sich die Frau eines Drechslers R. am 14. Juli aus der Speisehalle Langgarten durch ihre Tochter zwei Liter Graupen mit Fleisch holen lassen. Nach ihrer Ansicht war das Essen angebrannt. Sie war darüber ungehalten und ging zur Speisehalle, um den dort tätigen Damen Vorhaltungen zu machen. Diese erklärten jedoch das Essen für gut und wiesen sie mit einer Beschwerde an den Magistrat. Dadurch bekam die Frau natürlich kein besseres Essen. Sie forderte daher ihr Geld zurück. Als ihr dies verweigert wurde, soll sie die Damen an der Kasse mit dem Essen beworfen haben. Eine Zeugin, deren Namen in dem Bericht der bürgerlichen Presse nicht genannt wird — der Name der Angeklagten wird wieder voll ausgeschrieben —, erklärte vor dem Schöffengericht, vor das die Frau wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gestellt wurde, daß das Essen sogar wohlschmeckend gewesen sei. Das Gericht sah den Fall nur als tätliche Beleidigung an und erkannte deshalb auf 50 Mark Geldstrafe. — Die Frau muß diese Verurteilung hart empfinden. 50 Mark ist für sie eine überaus hohe Summe. Wie bitter es empfunden werden würde, wenn sie als Freiheitsstrafe verbüßt werden müßte, ist bei dem Empfinden besonders der Arbeiterfrauen zu verstehen. Es ist daher schwer zu begreifen, daß man im Rathause keinen anderen Weg gewußt hat, als die Frau auf die Anklagebank zu bringen. Durch die Verurteilung einer vielleicht unverständig handelnden Frau sind die Mängel der Speisehallen ganz gewiß nicht aus der Welt geschafft. Die Bestrafung beweist weder die Vorzüglichkeit der Hallen, noch wird sie die Sympathien der auf sie angewiesenen Bevölkerungsteile fördern.

Zuckerschwierigkeiten

In dem unter dieser Stichmarke in der vorigen Nummer veröffentlichten Artikel hatten wir unter anderem mitgeteilt, daß Sachverständige den Zuckermangel im Kleinhandel in Danzig in Mitteilungen an uns darauf zurückgeführt hatten, daß das Ergebnis der hier am 25. Mai erfolgten Bestandsaufnahme vom Magistrat irrtümlich der Reichszuckerstelle in der Weise bekanntgegeben sei, als wenn dadurch die im Juni-Juli vorhandenen Bestände gemeint seien. Wir teilten ferner mit, daß wir diese Angaben bezweifelten und daher vom städtischen Kriegsernährungsamt bereits am 12. August eine Aufklärung erbeten hätten, die uns jedoch bis zum 17. August nicht zugegangen war. Inzwischen haben wir, und zwar am 23. August, folgendes Schreiben des Magistrats erhalten:

Magistrat der Stadt Danzig. Danzig, den 17. August 1916.
J.-Nr. Stat. 3379/16.

Zum Schreiben vom 12. d. Mts.

Die Ihnen von Ihren Gewährsleuten gemachten Angaben sind irrig.

Zunächst haben im Juni oder Juli überhaupt keine Zuckerbestandserhebungen stattgefunden. Auch trifft es nicht zu, daß der im Mai festgestellte Bestand der Reichszuckerstelle mitgeteilt worden sei. Die Bestandsaufnahme im Mai verfolgte den Zweck, festzustellen, wieviel Zuckervorräte in den einzelnen gewerblichen und kaufmännischen Betrieben vorhanden waren, um beurteilen zu können, ob und wieviel Zucker der einzelne Betrieb weiterhin erhalten mußte. Die Bestandsaufnahme war also nur eine teilweise, bezog sich nicht auf die Haushaltungen und ihr Ergebnis ist nicht nach Berlin berichtet worden. Es ist demnach unzutreffend, wenn Ihnen berichtet worden ist, der im Mai festgestellte Betrag sei der Zentralstelle als im Juni oder Juli vorhanden mitgeteilt worden.

J. V.: Bail.

An die Volkswacht
Hier

Zu diesen Ausführungen möchten wir bemerken, daß wir gar nicht behauptet haben, daß im Juni oder Juli eine Zuckerbestandserhebung stattgefunden hat. Wir schrieben, daß unsere Gewährsmänner erklärt hätten, der im Mai festgestellte Bestand sei für den Termin im Juni resp. Juli genannt worden, an dem der Verkauf auf Karten begann. Damit war gesagt, daß der große Vorkauf, der erfahrungsgemäß vor der Abgabe auf Karten erfolgt, bei der Feststellung der vorhandenen Menge unberücksichtigt geblieben sei. Diese Annahme stellt der Magistrat nun allerdings in Abrede. Wir haben auch nirgends behauptet, daß die Bestandsaufnahme sich auf Haushaltungen bezogen habe. Ganz im Gegenteil sprachen wir irrtumsfrei von Feststellungen bei Kaufleuten und der Verringerung der Vorräte durch Verkauf. Unsere Mitteilungen scheinen im Rathause wenigstens im gewissen Umfange falsch aufgefaßt worden zu sein. Es wäre daher, einmal aus diesem Grunde und dann auch allgemein, sehr zweckmäßig gewesen, wenn der Magistrat sich nicht nur im beschränkten Umfange negativ, sondern positiv über die Ursachen der hier tatsächlich bestehenden und von ihm auch nicht geleugneten Zuckerschwierigkeit geäußert hätte. Vielleicht holt er diese sehr notwendige Aufklärung nun noch nach.

Höchstpreise für Preißelbeeren.

Kürzlich konnten wir noch mitteilen, daß der Höchstpreis für diese Früchte auf 40 Pfg. pro Pfund stand. Dies war schon ein enormer Preis, wenn man vergleicht, daß im Frieden ein Liter, etwas mehr als ein Pfund, für 20 bis 25 Pfg., mitunter auch schon für 10 Pfg. zu haben war. Bekanntlich handelt es sich nicht um Beeren, die besonders angebaut werden müssen. Sie wachsen vielmehr frei im Walde. Jetzt ist der Höchstpreis für das Pfund, vom 23. August, auf 60 Pfg. erhöht worden! Wenn es sich hierbei auch nicht um notwendige Lebensmittel handelt, so ist auch diese ungewöhnliche Preissteigerung als Zeichen der Zeit bezeichnend.

Die Wurzel teurer Preise.

In einem Artikel, der die Ursache der teuren Preise besonders der landwirtschaftlichen Erzeugnisse prüfte, kamen die Neuesten Nachrichten zu der Ansicht, daß dafür die Teuerung der Futtermittel entscheidend sei. Es liegt ja auch auf der Hand, daß teure Futtermittel in weiterer Folge alle anderen Produkte im Preise steigern müssen. Ein Herr n. B. bestritt die Richtigkeit dieser Ansicht und verteidigte die hohen

...ite. Ihm antworteten am 22. August in dem Blatte ein Landwirt, der noch nicht eingezogen ist, und ein zweiter, der im Felde steht. Der erste Einsender, ein königlicher Oberamtmann, äußert sich in bemerkenswerter Weise so:

„Im übrigen will ich auf die Zuschrift des Einsenders nicht eingehen. Ich will nur noch kurz bemerken, daß ein bekannter westpreußischer Großgrundbesitzer vor einigen Tagen in einem Danziger Blatt die Herstellungskosten für ein Liter Milch mit 37½ Pfennig berechnet hat — wegen der teuren Futtermittelpreise. Man müßte in landwirtschaftlichen Kreisen doch aufhören, unzufrieden zu sein und namentlich davon zu reden, daß man große Opfer bringt. Sämtliche Erzeugnisse der Landwirtschaft sind derartig hoch im Preise, teilweise sogar von nie geahnter Höhe, daß jeder wirklich zufrieden sein kann; hierzu kommt, daß die Russen sehr billige Arbeitskräfte sind."

Fast noch deutlicher erklärt der feldgraue Landwirt Semrau:

„Dem Einsender möchte ich erwidern, daß ich der Logik seines Artikels nicht folgen kann. Die Forderung, die Preise für Futtermittel herabzusetzen, weil dann Mast, Milch, Butter, Eier usw. billiger zu haben sein werden, ist doch durchaus berechtigt, hat auch unbedingt logischen Wert. Einsender v. B. beklagte sich ja selbst in Abschnitt III seines Artikels darüber, daß er deshalb an jedem Zentner Gerste oder Hafer 5 Mark zusetzen müsse, weil er das Futter, das er zukauft, zu teuer bezahlt. Nun also: Wird der Futtermittelpreis, sagen wir um 7 Mark herabgesetzt, so hat er nicht nur keinen Schaden, sondern verdient sogar noch 2 Mark. Ein ganz anderes Gesicht bekommt das Ding natürlich für den, der selbst Futtermittel verkauft. Denn daß die Leute, die reichlich Futtermittel zu hohen Preisen abgeben können und nebenbei vielleicht auch noch andere Dinge ebenfalls sich hoch bezahlen lassen, gegen die Herabsetzung der Futtermittelpreise stimmen, liegt doch klar auf der Hand."

Wir können es ruhig unsern Lesern überlassen, zu beurteilen, ob die Teuerung unvermeidlich ist und welche Ursachen sie hat.

Der wucherische Eierpreis

erhält sich rücksichtslos auf seiner verbitternden Höhe. 4,50 Mark scheint für ihn der Normalstand bleiben zu sollen. Immer größer aber wird das Heer der Frager, die keine Antwort darauf wissen, weshalb dagegen nicht eingeschritten wird. Die Bedeutung des Eies gerade für eine Zeit, in der andere stärkende Lebensmittel, wie Milch und Fleisch, für Kranke und Kinder schwer zu haben sind, unterliegt doch gar keinem Zweifel. Die Ermäßigung des Preises ist also nicht nur eine an sich berechtigte Forderung, sondern noch mehr im hygienischen Interesse und allgemein dem der Volksgesundheit geboten. Schließlich ist auch die Erzeugung von Eiern mit geringeren Kosten möglich, als die von Vieh. Die letzthin vom Magistrat erlassene Verordnung, daß Eier in der Markthalle nur von Verbrauchern gekauft werden dürfen, hat, wie wir sofort sagten, keine günstigeren Preise gebracht. Wer die Verhältnisse im Handel kennt, mußte sich auch ohne weiteres sagen, daß nichts einfacher ist, als den Zweck dieser Verordnung auf anderen nicht verbotenen Wegen zu verhindern. Diejenigen, die mit unbegreiflicher Hartnäckigkeit so ungeheuerliche Preise aufrecht halten, bekommen noch ganz andere Dinge fertig, als ein so harmloses Erzeugnis des grünen Tisches auszuschalten. Schließlich wissen doch auch diese Leute, daß der Direktor des Kriegsernährungsamtes, Dr. Grünspan, schon im Juni — und viel länger vor ihm auch der Oberbürgermeister — die große städtische Hühnerfarm angekündigt hat. Diese ist bisher nicht nur nicht eingerichtet, die Oeffentlichkeit hat nicht einmal die geringste Mitteilung darüber erhalten, weshalb die Einrichtung unterblieben ist. Durch solch Verhalten werden selbstverständlich die höchsten Preise nicht mit Erfolg bekämpft werden können. Der hohe Preis schließt gerade die ärmeren Klassen vom Verbrauch der Eier aus. Das ist tief zu bedauern. Der Magistrat hat in der abgelaufenen Woche allerdings Eier für 21 Pfennig das Stück verkaufen lassen. Die geringe Menge konnte aber gar keinen Einfluß auf den Marktpreis äußern. Dann war aber nicht einmal Vorsorge getroffen, daß diese städtischen Eier auch wirklich den Minderbemittelten vorbehalten blieben. Unter den Mängeln der Danziger Lebensmittelversorgung gehört die Eierfrage zu den unerfreulichsten Kapiteln.

Die Gemüsepreise

zeigen ebenfalls Beträge, die man nicht erwarten darf. Für den gewöhnlichen Weißkohl hat der Magistrat als Richtpreis 13 Pfg. für das Pfund festgesetzt. Dieser Preis ist außerordentlich hoch. Trotzdem wurde am letzten Sonnabend von den Händlern fast durchweg 15 Pfg. für das Pfund verlangt. Moralische Urteile über diese Handlung müßten sehr scharf ausfallen. In der Großstadt Hamburg, die zweifellos einen weit größeren Verbrauch als Danzig hat, verkauft das Gewerkschaftskartell das Pfund Weißkohl jetzt für 8 Pfg. Auch in Danzig zahlte man im vorigen Jahre dafür 6 bis 8 Pfg. Der Preiswucher auf dem Gemüsemarkt zeigte sich speziell auch bei den Tomaten und bei Birnen und Aepfeln. Für diese wurden 40 bis 60 Pfg. pro Pfund gefordert. Dabei gab es vielfach ganz frühreifes hartes Obst, das absolut ungenießbar war und nur seinem Namen nach als Aepfel und Birnen verkauft werden konnte. Die Tomaten wurden sogar mit 1 Mark pro Pfund verkauft. Die Neuesten Nachrichten sind deshalb verschnupft. Sie machen darauf aufmerksam, daß man sie in Berlin für 40 und 45 Pfg. pro Pfund bekommt. Im Anschluß daran fragen sie, ob der Transport von Berlin bis Danzig etwa 100 Prozent Unkosten verursacht. Solche skrupellosen Preise würden nach unserer Meinung doch nicht gefordert werden, wenn einmal mit der praktischen Handhabung der Wucherverordnung entschieden vorgegangen werden würde. Das von uns mitgeteilte Vorgehen des Magistrats und der Polizeiverwaltung in Graudenz würde auch hier recht nützlich wirken. Wird nicht energisch eingegriffen, dann kann man bis zum St. Nimmerleinstag darauf warten, bis Erzeuger und Händler die notwendigen Ermäßigungen eintreten lassen.

Die Fischpreise

bleiben ganz unberührt davon, daß die See für Erzeugung und Lieferung der Fische keine Kosten fordert. Frische Aale kosteten auf dem Fischmarkt am Sonnabend 3,00 bis 3,50 Mark das Pfund. Geräuchert mußten auch die unscheinbarsten Stücke, an denen fast nur Haut und Gräten war, mit 5 Mark pro Pfund bezahlt werden. Geräucherte Flundern kosteten 1 Mark und 1,40 Mark das Pfd. Frische Steinbutten mußten mit 60 Pfennig bis 1 Mark das Pfund bezahlt werden. Würde die Stadt im eigenen Betriebe fischen lassen, dann gäbe es wenigstens billige Fische und dadurch auch einen Schutz gegen manche anderen hohen Preise. Während der langen Dauer des Krieges hat man aber gerade in Danzig erfahren müssen, daß fromme Wünsche auch bei den besten Gründen nicht zum Ziele führen.

Hoch bleibende Stiefelpreise.

Schuhfabrikanten schreiben uns:

Jüngst ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß von der Regierung der Preis für Bodenleder (Sohlen, Absätze usw.) erheblich herabgesetzt worden sei. Es liegt nun die Frage nahe, wie diese dankenswerte Maßnahme den Preis für fertige Stiefel beeinflussen wird. Eine sorgfältige Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände führt leider zu dem Ergebnis, daß Stiefel nicht billiger werden dürften, und daß im günstigsten Falle es verhindert werden wird, daß fertige Stiefel noch teurer werden! Das Sohlenleder ist nämlich nur ein Bestandteil des fertigen Stiefels. Ein Paar Herrenstiefel, das jetzt für etwa 29 Mark verkauft wird, dürfte etwa für 10 Mark Bodenleder enthalten. Wenn dieses Bodenleder nun infolge der oben erwähnten Maßnahmen um 3 bis 4 Mark billiger werden sollte, so wird diese Preisermäßigung doch mehr als wett gemacht durch die ungeheuerliche und immer weiter wachsende Verteuerung aller anderen für die Preisbemessung in Frage kommenden Faktoren: Oberleder, Futter, Schnürsenkel, Zutaten usw.

Insbesondere die Arbeitslöhne und Generalunkosten sind erheblich gestiegen. Nach der Bekanntmachung vom 14. Juni 1916 darf in den Schuhfabriken die Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter in der Woche 40 Stunden nicht übersteigen. Die geübten Arbeitskräfte stehen meistens im Felde. Die Schuhfabrik darf also mit ungeübten Arbeitskräfte nur vier Tage in der Woche arbeiten. Die Arbeiter müssen für diese kurze Zeit so viel an Lohn erhalten, daß sie in dieser teueren Zeit leben können. Jeder kann sich leicht ausrechnen, wieviel die Schuhfabriken, die auch noch unter starkem Lebermangel leiden, an Generalunkosten auf jedes einzelne Paar Stiefel rechnen müssen.

Der ehrliche Schuhwarenhandel hat gar kein Interesse an hohen Preisen. Er will und darf am einzelnen Paar Stiefel nicht mehr verdienen als im Frieden, und niedrige Preise reizen zum Kauf. Aber die Verhältnisse sind mächtiger als der beste Wille des Kaufmanns, und es scheint ja ein unabwendbares Verhängnis zu sein, daß im Kriege alles teurer und immer teurer wird.

Wir überlassen diese Zuschrift der Interessenten dem Urteil unserer Leser. Doch hätten wir den dringenden Wunsch, daß die Gehilfen auch tatsächlich durchweg den auskömmlichen Lohn trotz der verkürzten Arbeitszeit erhalten möchten. Ohne gegen jemand in Danzig Vorwürfe erheben zu wollen, muß erwähnt werden, daß in Berlin neuerdings Feststellungen gemacht worden sind, die die hohen Preise in nicht wenigen Fällen sehr unangenehm erklären. Obwohl es ausdrücklich verboten ist, sind Schuhe und Stiefel alter Bestände, die noch aus billigem Material und zu Friedenslöhnen hergestellt wurden, zu den teuren Kriegspreisen berechnet und verkauft worden. Es soll deshalb in Berlin gegen eine größere Anzahl Händler wegen ungerechtfertigter Bereicherung vorgegangen werden. Auch in Danzig sind solche Preisnachprüfungen zu erwarten.

Drei Monate Gefängnis für zwei Bonbons.

Zwei junge Mädchen von 23 und 24 Jahren wurden als Postgehilfinnen beschäftigt. Sie sind unbestraft und wurden bei der Anstellung darauf aufmerksam gemacht, daß sie gewissermaßen als Beamtinnen unter schärferen gesetzlichen Vorschriften ständen. Eines Tages kam in der Feldpostabteilung Danzig ein verletztes Feldpostpäckchen als unbestellbar zurück. Zwei Bonbons, die herausstecken, nahm die Aushelferin M. an sich und gab einen ihrer Kollegin. Beide kamen darauf wegen Unterschlagung im Amt und Hehlerei vor das Schöffengericht. Dieses erkannte nach Lage der Sache auf die Mindeststrafe, die für Amtsvergehen drei Monate und Hehlerei einen Tag Gefängnis beträgt. Wäre die Verfehlung, wenn man dies Wort überhaupt gebrauchen darf, in nicht amtlichen Verhältnissen geschehen, so wäre wahrscheinlich Mundraub angenommen und vielleicht ein Verweis ausgesprochen worden. Auch in diesem Falle halten wir es für sehr zweifelhaft, ob die Mädchen Beamtencharakter hatten. Unter diesem Gesichtspunkt wäre bei ihrer völligen Unbescholtenheit wohl ein milderes Urteil möglich gewesen. Der sicher gut gemeinte Trost des Amtsanwalts, daß die Mädchen bei guter Führung Strafaufschub und später vielleicht Begnadigung erhalten könnten, ändert sehr wenig an der Wirkung der Verurteilung auf ihr Empfinden und für ihre Zukunft.

* **Eine erfreuliche Umsatzsteigerung** haben, wie das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt" mitteilt, die Konsumvereine auch im Monat Mai gehabt. Nach einer vergleichenden Statistik hatten die Konsumvereine Ost- und Westpreußens folgende Umsatzsteigerung:

	Umsatz im Mai 1915 Mk.	Mai 1916 Mk.	Prozent
Königsberg	193 596	331 027	70,9
Tilsit	16 718	21 456	28,3
Memel	4 969	7 764	56,2
Danzig	10 896	13 841	27
Elbing	14 273	19 674	30,6
Graudenz	2 709	3 011	11,1

Ein gutes Ergebnis weist auch der Sparkassenverkehr auf; doch wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß aus den letzten Statistiken der letzten Monate ein Steigen der Abhebungen hervorgeht, wenn auch die Einzahlungen die Abhebungen immer noch stark übersteigen.

Auf dem Garnison-Kirchhof

am Olivaer Tor hat die Zahl der Soldatengräber seit Ausbruch des Krieges bereits das erste halbe Tausend überschritten. Es befinden sich dort auch 200 Gräber russischer Kriegsgefangener, die vorwiegend an Krankheiten gestorben sind. Dort ruhen auch die Toten des kleinen Kreuzers Magdeburg, der in der Ostsee seinen Untergang fand.

Danzig. Ein Silberschatz aus alter Zeit. Ein großer, wertvoller Silberfund aus der jüngeren Eisenzeit konnte in neuerer Zeit dem Westpreußischen Provinzial-Museum in Danzig einverleibt werden. In Seemark, Kreis Flatow, war auf dem Acker des Hofbesitzers Johann Sieg beim Kartoffelausnehmen ein Tongefäß mit zahlreichen Silbermünzen aufgefunden worden. Obwohl auf Benachrichtigung der Direktor des Museums, Professor Dr. Kumm, sofort dorthin reiste, war die Hauptmasse des Fundes bereits fortgeschafft. Doch gelang es später dem Zusammenwirken des Museums und des Königlichen Münzkabinetts in Berlin, den Fund gemeinsam zu erwerben, wobei Berlin 31 für die dortige Sammlung besonders erwünschte Stücke erhielt, während der Rest dem Provinzial-Museum zuging. Insgesamt sind 1050 Münzen und Bruchstücke erhalten, darunter 334 deutsche, 4 barbarische Nachprägungen solcher, 550 Sachsenpfennige, 17 böhmische, 13 ungarische, 9 dänische, 11 englische, 2 kufische und 110 gänzlich unerkennbare. Der Schatz dürfte in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts vergraben sein. Das Tongefäß, in dem die Münzen lagen, ist beim Ausgraben zerschlagen; anscheinend waren mehrere Tongefäße an der Fundstelle vorhanden, denn unter den erhaltenen Tonscherben befinden sich die Bruchstücke von Gefäßen mit ausgesprochenem Burgwallcharakter und von einem napfartigen unverzierten Gefäß.

Aus Westpreußen

Der erste sozialdemokratische Stadtrat des Ostens

In seiner letzten Sonntags-Ausgabe brachte das Berliner Tageblatt folgendes romantisch frisiertes Telegramm:

Königsberg i. Pr., 19. August.

Der als erster Sozialdemokrat in den östlichen Provinzen zum Stadtrat gewählte Elbinger Stadtverordnete Peter, der angeblich wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinen Parteigenossen in der Frage der Lebensmittelversorgung die Wahl ablehnte, hat jetzt sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt.

Es ist richtig, daß in der letzten Elbinger Stadtverordnetenversammlung vom Vorsteher offiziell mitgeteilt wurde, daß Peter nun auch sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat. Wir haben diesen Verzicht schon vor mehreren Wochen angekündigt.

Die Ursache der Ablehnung der Wahl zum Stadtrat durch Peter ist noch immer nicht völlig klar. Fest steht, daß nicht rückständige Anschauungen der übrigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Elbings in der Lebensmittelfrage oder Differenzen mit den Genossen dazu geführt haben. Höchstens wäre richtig, daß unsere Genossen im Rathause auf dem Gebiet der Volksernährung fortschrittlicher dachten und handelten. In anderen Fällen sollen sie fiskalischeren Wünschen des Magistrats weniger entgegengekommen sein, als Peter. Wie weit seine Ablehnung der Wahl zum Stadtrat mit der bisher unwidersprochen gebliebenen Behauptung der Chemnitzer Volksstimme, daß er sich zur Minderheit der Partei rechnet, in Verbindung steht, wollen wir nicht untersuchen. Auf jeden Fall ist es gerade im Osten Deutschlands, wo von der Sozialdemokratie um jeden Schritt schwer gerungen werden muß, unentschuldbar, daß eine so wichtige Position wie das Stadtratsmandat so verscherzt worden ist. Hatte Peter Gründe zum Verzicht, so hätte er gar nicht kandidieren dürfen. Dann wären die Elbinger und westpreußischen Genossen nicht so unverantwortlich benachteiligt worden. Auf keinen Fall dürfen sich aber die Parteigenossen Elbings durch diese Episode entmutigen lassen. Unverdrossen, wie es auf dem steinigen Boden Ostelbiens notwendig ist, müssen sie weiter ringen, um die kommunale Machtstellung wieder zu gewinnen, die ihnen jetzt so nahe vor dem Ziele genommen worden ist.

Lebensmittelversorgung in Ohra

Ueber den privaten Lebens- und Futtermittelhandel des Amtsvorstehers Lind in Ohra berichteten wir zuletzt in der Nummer 32 am 12. August. Der Protest der bürgerlichen Gemeindevertreter hat nun auch zum Eingreifen der Aufsichtsbehörde geführt. Dazu hat sehr wahrscheinlich auch unsere Kritik und die Eingabe der 13 Gemeindevertreter und 4 Schöffen beigetragen. Schon zu der zum 17. August einberufenen Gemeindevertretersitzung war Landrat Unger persönlich erschienen. Seine Konferenz mit dem Amtsvorsteher, die vor der Sitzung stattfand, dauerte aber den Gemeindevertretern zu lange. Und da sie nicht verständigt wurden, so verließen sie, nachdem das akademische Viertel überschritten war, und sich weder der Landrat noch der Amtsvorsteher im Sitzungssaale sehen ließen, gemeinsam den Versammlungsraum!

Die nächste Sitzung wurde am 21. August abgehalten; wieder war der Landrat anwesend. In dieser Sitzung verlas der Amts- und Gemeindevorsteher Lind den folgenden Brief, den die Redaktion der Volkswacht an ihn gerichtet hatte:

Danzig, den 16. August 1916.

Herrn Lind, Gemeindevorsteher.

Ohra.

Die Frage der Lebensmittelversorgung ist jetzt überhaupt eine der wichtigsten. Sie werden daher verstehen, daß wir diesen Dingen besondere Aufmerksamkeit entgegenbringen. Daß wir uns für Ohra besonders interessieren, erklärt sich daraus, daß seine Bevölkerung vorwiegend aus Arbeitern besteht. Sie werden daher entschuldigen, wenn wir Sie bitten, sich gefälligst zu den Mitteilungen zu äußern, die wir nachstehend, wie sie uns gegeben wurden, skizzieren. So wurde uns mitgeteilt, daß der Zigarrenhändler Freiwald aus Emaus eine Speck-Lieferung für die Gemeinde Ohra erhalten haben soll. Zur Begutachtung des Specks soll ebenfalls F. herangezogen worden sein, obwohl sich ein Ohraer Fleischermeister dazu bereit erklärte und nur das Fahrgeld ersetzt haben wollte. Die Folge soll gewesen sein, daß der Zigarrenhändler den schlechten Zustand des Specks nicht zu erkennen vermochte. Weil das Fleisch nicht mehr zur Ernährung verwendet werden konnte, soll der Gemeinde ein Verlust von 1100 Mark entstanden sein. Die Deckung dieses Betrages soll nun in folgender Weise geschehen sein: Von Ihnen soll für die Gemeinde von der Raiffeisen-Genossenschaft ein Darlehn in Höhe von 300 000 Mark entnommen worden sein. Hierfür soll die Geberin zunächst 7000 Mark Zinsen gefordert haben, dann aber schließlich mit 2800 Mark zufrieden gewesen sein. Da Sie für das Geld zunächst keine Verwendung hatten, sollen Sie es auf der Sparkasse hinterlegt und für die fragliche Zeit 3900 Mark Zinsen erhalten haben. Der

Ueberschuß von 1100 Mark [illegible] gezahlten Zinsen soll zur Deckung des durch den schlechten Speck verursachten Ausfalls verwendet worden sein. Es soll zunächst von Ihnen aber der Standpunkt vertreten worden sein, daß die 1100 Mark Ihr Privateigentum seien. Ferner wird behauptet, daß Sie von der Ueberlandzentrale Stralchin eine Vergütung von 2 Prozent für das Kassieren des im Ohra erfolgenden Elektrizitätsverbrauchs erhalten, ohne daß diese Beiträge der Gemeindekasse zugeführt wurden.

Viele Mitteilungen gehen von Gewährsmännern aus, von denen man genauere Kenntnisse erwarten darf. Gerade in Fragen dieser Art sind aber Irrtümer niemals ausgeschlossen. Wir bitten Sie deshalb vorwiegend auch aus diesem Grunde um gefällige möglichst baldige Aeußerung, spätestens bis Freitag, den 18. August, abends 6 Uhr.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Redaktion Volkswacht.

Auf diesen Brief ist die erbetene schriftliche Antwort nicht erfolgt. Als Amtsvorsteher Lind ihn den Gemeindevertretern vorgelesen hatte, ersuchte er den Genossen Baecker, seine Antwort der Redaktion zu übermitteln, da er nicht die Zeit habe, sich mit Privatpersonen brieflich auseinanderzusetzen. (Zu dieser Erklärung stellen wir fest, daß sich in unseren Händen sogar ein sehr höflicher Brief befindet, den Herr Lind dem Genossen Bartel mit dem Ausdruck des Bedauerns über eine ihm — Lind — unterlaufene Unrichtigkeit geschrieben hat. Red. Volkswacht.) Lind führte aus. Die Einnahmen aus der Kassierung für die Ueberlandzentrale ergeben mit 2 Prozent vom Jahresumsatz 414 Mark. Davon erhalten der Rendant, sein Gehilfe und der Einziehungsbeamte zusammen 245 Mark, so daß ihm, Lind, nur 169 Mark übrig bleiben. Ob die gleiche Verteilung auch in den Vorjahren stattgefunden hat, wurde nicht mitgeteilt. Lind betonte, daß ihm diese Einnahme zustehe. Er berief sich hierfür auf eine vor vielen Jahren erfolgte Vereinbarung mit den Gemeindeverordneten. Er erinnerte weiter an Einnahmen von Beiträgen für Feuersozietät, Handwerkskammer usw., von denen den damit betrauten Personen ebenfalls ein Prozentsatz verbleibe. Er bestätigte, daß von den Zinsen des Raiffeisen-Darlehns, wie es der Brief darstellt, 1100 Mark Ueberschuß geblieben seien. Das Geld habe er auf die Sparkasse gebracht und es später zur Deckung der Verluste bei der Speklieferung verwenden wollen. Der Lieferant Freiwald sei nicht nur Zigarrenhändler, sondern auch Großhändler. Nur die oberste Lage des Specks sei schlecht gewesen und zurückgegeben worden.

An der Aussprache über die Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln beteiligte sich auch der Landrat. Er machte längere Ausführungen zur Widerlegung der gegen den privaten Handel des Amtsvorstehers umlaufenden Gerüchte. Er hat gegen die Privatwirtschaft des Amtsvorstehers nichts einzuwenden, lobte in warmen Worten die Tätigkeit des Schöffen und Stellvertretenden Gemeindevorstehers Odor, die dieser während der Krankheit Linds an dessen Stelle ausübte, und ersuchte, die Angriffe gegen Lind einzustellen. Gemeindevertreter Kraatz hat ebenfalls die Streitaxt zu begraben. Damit löste sich der Streit in Wohlgefallen auf. Der Landrat erklärte sich bereit, auf Wunsch auch im Bürgerverein zu erscheinen und über die Lebensmittelversorgung zu sprechen. Es hörte sich fast so an, als ob er diese Zusage auch für eine sozialdemokratische Arbeiterversammlung machte. Lind meinte jedoch, wenn die Redereien weitergingen, würde er sich mit seinen Widersachern an dritter Stelle sprechen.

Es mag sein, daß die vorgesetzte Behörde formell zu dem privaten Lebens- und Futtermittelhandel des Amtsvorstehers keine Einwendungen zu machen hat. Wir sind darüber grundsätzlich anderer Ansicht und können unsere Meinung nicht ändern. Der Lebensmittelhandel ist einem Gemeindevorsteher oder Bürgermeister in der Kriegszeit doch überhaupt erst möglich weil er eben Gemeindeoberhaupt ist und gemeindliche Hilfsmaßnahmen notwendig wurden. Würde Lind nicht Amtsvorsteher sein, sondern nur Privatperson, so wurde er ja die für die Gemeinde bestimmten Nahrungsmittel gar nicht vom Kreise bekommen. Wenn einem Amtsvorsteher das Recht zustehen soll, für die Gemeinde bestimmte Lebensmittel mit privatem Nutzen zu verkaufen, so müßte auch höheren Beamten und Behörden dies Recht zustehen. Wohin würde ein solches Verfahren wohl führen und wohin erst, wenn man es sich auf Oberbürgermeister großer Städte übertragen denkt! Darum erwarten wir von den vorgesetzten Behörden, daß sie sich auch in diesem Falle grundsätzlich gegen jeden privaten Handel mit Lebensmitteln erklären und ihn allen Gemeindevertretern usw. untersagen. Nur wenn das geschieht, kann die Kritik gegen den privaten Handel aufhören. Sie auch deshalb berechtigt ist, weil dieser Handel im Amtsraum von bezahlten Personen betrieben wird, die für ihre Tätigkeit außerordentlich entschädigt werden. Sollte die Entschädigung unzulänglich sein, so hat die Gemeindevertretung auch hierin Wandel zu schaffen.

Beschlossen wurde noch eine Beihilfe zu erhalten, wofür 3000 Mark bewilligt wurden. Eine Kommission von fünf Mitgliedern in der auch Genosse Baecker gewählt wurde, soll die Vorarbeiten erledigen. Um der Kasse der Kriegshilfe zu helfen, soll am 8. September ein Opfertag stattfinden. Der Kreis wird monatlich 2000 Mark für die Kriegshilfe beisteuern. Die Errichtung einer Gewerbeschule an der Fachschule und Uebernahme der dadurch entstehenden Kosten durch die Gemeinde wurde [illegible] des Landrats beschlossen. Ein Vorplatzerweiterungsplan des Bezirksausschusses in der Stadtgrenze gegen die Stadt Danzig wegen der Bebauung an den Schulumerhaltungsstraßen wurde einstimmig angenommen. Die Mitgliedschaft zum Deutschen Gutsbesitzerverein wurde gegen eine Stimme beschlossen und dem 10 Mark bewilligt.

Aufforstung der Frischen Nehrung. Im [illegible] Kulturwerk, in dem alljährlich hunderte Arbeitskräfte seit einer Reihe von Jahren gearbeitet haben, geht seiner Vollendung entgegen. Es handelt sich um die Aufforstung der durch Sturmflut und Sandverwehungen gefährdeten Frischen Nehrung. Ursprünglich im Frühjahr sollten zahlreiche Strafgefangene kommandiert aus den Strafanstalten in Insterburg und Wormditt nach der Frischen Nehrung, um diese Arbeiten auszuführen. Die Strafgefangenen wurden den Sommer über in geschlossenen Gefangenenabteilungen untergebracht. Die Aufforstung der Frischen Nehrung ist ein überaus wichtiges und kriegswichtige erforderliches Unternehmen gewesen. Nun, die Gefangenen [illegible] die Aufforstungsarbeiten in der Frischen Nehrung [illegible] Wanderdünen, sodaß die Arbeit wieder von vorne angefangen werden mußte. Nunmehr ist es jedoch gelungen, bereits sichtbare Resultate zu erzielen. Die Aufforstung der Nehrung mit Kiefern und Zwergsträuchern ist sowohl vom volkswirtschaftlichen als auch vom Heimatschutzstandpunkt hoch zu bewerten. In späteren Jahren dürfte die bisher volkswirtschaftlich recht öde daliegende Frische Nehrung einmal ein beachtenswertes Gebiet für die Waldwirtschaft werden. Ferner bietet die Aufforstung den Ansiedelungen auf der Nehrung den besten Schutz und ermöglicht auch nach und nach eine Bearbeitung des geeigneten Bodens in die Wege zu leiten.

Aus der Partei

Unverantwortliche Scherbengerichte

Eine von etwa 200 Personen besuchte Versammlung des Braunschweiger Ortsvereins beschloß u. a.:

Die Kreisgeneralversammlung kann den jetzigen Vertreter des ersten braunschweigischen Wahlkreises im Reichstage, Genossen Wilh. Blos, der auf dem Boden der verderblichen und parteischädigenden Politik des 4. August zu stehen erklärt, nicht mehr als den Vertreter der Sozialdemokratie anerkennen. Die Kreisgeneralversammlung erklärt schon heute, daß an eine Wiederaufstellung des Genossen Blos als Kandidat der Genossen im ersten braunschweigischen Wahlkreis nicht mehr zu denken ist.

Abgelehnt wurde auch, die vom Parteivorstand herausgegebene Petition für den Frieden in Umlauf zu setzen, weil in solchen Fragen — Bittschriften für die Sozialdemokratie unangebracht seien.

Die Braunschweiger Politik macht jetzt der ehemalige Anarchist Sepp Oerter, der zur sozialdemokratischen Partei kaum so viele Monate gehört, wie der alte Genosse Blos auf Jahre verdienstvollster Arbeit zurückblicken kann. Welch ein Maß von Taktlosigkeit und Anmaßung gehört dazu, einem Manne wie Blos nachzusagen, daß er nicht als Vertreter der Sozialdemokratie angesehen werden könne.

Die Dresdener Volkszeitung bemerkt zu diesen ungemein bedauerlichen Beschlüssen, diese der Einsicht noch Weitblick verraten und das Ansehen der Sozialdemokratie allgemein schwer schädigen müssen, mit vollem Recht:

„Eine kleine Anzahl von Personen bringt es fertig, zu erklären, daß man den Reichstagsabgeordneten Genossen Wilhelm Blos „nicht mehr als den Vertreter der Sozialdemokratie anerkennt" und daß „schon heute" die Wiederaufstellung des Genossen Blos als Reichstagskandidaten für ausgeschlossen anzusehen ist. Genosse Blos ist ein Veteran unserer Partei, gehört ihr seit 1872 an. Er hat zeitlebens für die Partei gearbeitet, er hat eine ganze Anzahl Verurteilungen erlitten, er ist 1880 auf Grund des Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen worden. Blos ist ferner der Verfasser verschiedener historischer Werke, die stets in der Partei hoch gewürdigt wurden. Er ist Reichstagsabgeordneter seit 1877 (mit einigen Unterbrechungen), und zwar für Braunschweig seit 1884. Jeder, der Blos kennt, weiß, daß er sein ganzes Leben überzeugungstreu für die Arbeiterschaft gewirkt hat. Die Braunschweiger Wähler haben ihm seit so vielen Jahren immer wieder ihr Vertrauen bekundet und bei der letzten Reichstagswahl wurde Blos mit zirka 20 000 Stimmen gewählt. Jetzt aber finden sich Personen, die die Braunschweiger Parteigenossen dahin drängen, daß ein altverdienter Parteigenosse in der denkbar gehässigsten Weise behandelt wird, bloß weil er kraft seiner Ueberzeugung für die Landesverteidigungspolitik der Parteimehrheit eintritt!

In Braunschweig hat die Richtung des sogenannten „Linksradikalismus" das Heft in die Hand genommen. Diese Leute behaupten stets, die Politik der Mehrheit sei nicht nach dem Willen der Masse, da die Feldgrauen nicht mitwirken könnten. Sie selbst aber tragen keine Bedenken, trotz der Abwesenheit der Feldgrauen den verdienstvollen Vertreter des Kreises kurzerhand von der Kandidatur abzusetzen und außerdem ihn nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratie anzuerkennen. Und dann reden sie noch davon, daß sie die Einheit und Geschlossenheit der Partei wahren wollen. Mehr Vergewaltigung und zugleich mehr geistige Konfusion läßt sich kaum noch denken.

Auffällig oder vielmehr nicht mehr auffällig ist es, daß der Vorwärts, der die Braunschweiger Resolution umfangreich abdruckt, kein Wort gegen diese abscheuliche Verfemungs- und Ablägungsmethode zu sagen weiß.

Es ist ferner bezeichnend, daß diese Braunschweiger ablehnen, die Petition für den Frieden in Umlauf zu setzen. Die „Linksradikalen" halten „Bittschriften" für unangebracht für die Sozialdemokratie. In Wahrheit sind derartige Eingaben an die leitenden Reichsstellen ein verfassungsmäßiges Recht jedes Staatsbürgers, von dem unsere Partei schon oft in den wichtigsten Parteikämpfen Gebrauch gemacht hat. Die Braunschweiger schreien, daß die Partei nicht genug für den Frieden tue, aber sobald etwas Vernünftiges geschieht, erklären sie, das sei für sie nicht revolutionär genug!

Die Entwicklung der Verhältnisse in Braunschweig möge eine Mahnung für die Parteigenossen im ganzen Reiche sein!

Gegen die sozialdemokratische Friedenspetition.

In Danzig ist die Sammlung von Unterschriften für die Friedenspetition unseres Parteivorstandes von der Kommandantur untersagt worden. Auch ist die Veröffentlichung der Aufforderung zur Unterzeichnung verboten worden.

In Westpreußen erfolgte auch in Zoppot das Verbot. Ebenso in Preußisch-Friedland. Hier sollte auch eine Haussuchung nach den vorhandenen Petitionsbogen vorgenommen werden.

In Magdeburg wurde das Sammeln von Unterschriften für die Petition durch Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos des 4. Armeekorps verboten. Auch die Veröffentlichung von Aufrufen, die zur Sammlung von Unterschriften auffordern, wurde verboten.

Die im Agitationsbezirk Niederrhein wegen Sammlung von Unterschriften für die Friedenspetition verhafteten Genossen sind wieder freigelassen worden.

In Elberfeld ist bei der Parteileitung sowohl wie bei zahlreichen bekannten Genossen und Genossinnen nach der Petition gehaussucht. Es sind auch wenige Exemplare, sogar solche mit Unterschriften, beschlagnahmt worden. Den Zeitungen wurde jede Aufforderung zur Unterzeichnung der Petition verboten, ebenso anfangs jede Erwähnung ihrer Erfolge in anderen Orten, was nachher aber, da der Vorwärts dieser Beschränkung nicht unterlag, aufgehoben werden mußte.

Der Stellvertretende Kommandierende General von Bittinghoff in Stettin verbot den Druck der Friedenspetition, ihre Auslegung und ihre Verbreitung. Dem Generalkommando war der Vorschrift gemäß ein Abzug der Drucksache vorgelegt worden. Daraufhin erfolgte die Verfügung.

In Breslau erhielt die Petition schon am ersten Tage 17 000 Unterschriften.

Die Leipziger Volkszeitung verboten.

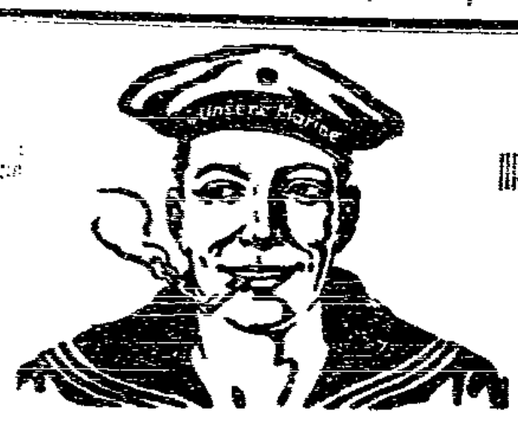
Die Leipziger Volkszeitung ist seit dem 18. August wegen eines Artikels über den Nationalrat der französischen Sozialisten bis auf weiteres verboten worden. Gegen den verantwortlichen Redakteur soll ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden.

Literatur

— **Der Kampf um die Ostsee** (1544—1621) von Prof. Adam Szelagowski. Mit einem Vorwort von Geh. Hofrat Professor Dr. S. Günther. Berlin SW. 68, Neue Deutsche Bücherei, Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis 3 Mk. geheftet.

Briefkasten der Redaktion

Mietsvertrag Ohra, Hinterweg. Wir antworten Ihnen brieflich



Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine"

Zigarette 2½ Pfennig

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten Ihre alten anerkannten Qualitäten! [310]

Georg Jasmatzi Aktiengesellschaft, Dresden-A. Zigarettenfabrik.

Karbid-Lampen

Karbid- und Taschenlampen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Nähmaschinen, vor- und rückwärtsnähend.

A. Hein, Breitgasse 113.

Meyers Konversations-Lexikon, Ausgabe 1908, vollständig und gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter P. 228 an die Geschäftsst. d. Volkswacht erb.

Zentral-Bibliothek

Danzig

4. Damm 7, II (Eing. Häkerg.)

ca. 2000 Bände

Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr
Sonnabend von 6—8 Uhr

Allen Gewerkschafts- und Parteigenossen zur unentgeltlichen Benutzung auf das wärmste empfohlen

Die Bibliotheksverwaltung

n Verbrauch in einem Haushalt gewinnt. Diese Personen nglich von der Verbrauchsregelung frei zu lassen, was aus ründen der Gerechtigkeit unmöglich. Andererseits wäre es billig und unklug gewesen, sie allzusehr zu beschränken. ne gewisse Entschädigung für die Arbeit und Mühe der äftung, für den Verlust beim Einschlachten und des mit der erhaltung verbundenen Risikos mußte zugestanden werden, andernfalls vor allem die Schweinemästung, die ja ganz ermiegend in der Hand des kleinen Mannes liegt, unfehlr stark zurückgegangen wäre und so auch die Neigung, s Wild abzuschießen, geringer geworben wäre. Das mußte an unbedingt verhindern. Deshalb wird dem Selbstversorger s Schlachtgewicht des hausgeschlachteten Tieres nur zu einem eil, zu drei Fünftel, beim ersten Schwein, das eine Familie r sich schlachtet, nur zur Hälfte angerechnet. Man darf ffen, daß hier ein kräftiger Anreiz zur vermehrten Schweinehaltung liegt.

Beamtentum und Kriegssteuerung.

Der „Vorwärts" (Nr. 225) schreibt: Die in Berlin erheinende „Preußische Schutzmannszeitung" Nr. 33) wendet sich in einem scharfen Artikel gegen den Wucher auf Kosten der Nation". Sie meint, die guten Abchten der Regierung scheiterten an dem Eigennutz der Menhen und stellt fest:

„Heute ist ihr die Hydra Kapital über den Kopf gewachsen. Sie findet es, in Anbetracht der langjährigen Uebung, ganz selbstverständlich, daß sich Millionen Menschen unter schwersten Entbehrungen ohne nennenswerte Entschädigung, ja selbst unter größten Opfern, zu ihrem Schutze allen erdenklichen Gefahren aussetzen und ihr Höchstes hingeben, während ihr mühelos die Früchte dieser schweren Entbehrungen und Opfer in den unersättlichen Bauch wandern. Wenn es die Lebensmittelwucherer auch nicht offen aussprechen, so beweist doch die Erfahrung und ihr Handeln, daß sie nicht davor zurückschrecken, die unentbehrlichsten Lebensmittel verderben zu lassen, wenn sie beim Verkauf nicht jenen Gewinn erzielen, der ihrer Profitwut entspricht. Ihnen ist es nicht darum zu tun, das Volk mit Lebensmitteln zu versorgen, sondern an der Versorgung möglichst viel zu verdienen."

Das sind bei einer „Preußischen Schutzmannszeitung" immerhin ganz achtbare Erkenntnisse des Wesens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das Blatt meint im Einklang mit dem in Dortmund erscheinenden „Berufsfeuerwehrmann", es sei bedauerlich, daß Regierungsvertreter solange den falschen Standpunkt vertreten hätten, Preissteigerungen seien der beste Regulator im Verbrauch des Vorhandenen. „Gerade diese auf den Schutz der Besitzenden zugeschnittene, der Ansammlung von Kapital dienende Theorie hat die berüchtigten Teuerungen gebracht."

Von dem „entarteten Kapital und den entarteten Produzenten" wird gesagt:

„Nur auf Gewinn bedacht, ist ihnen jede andere Rücksicht als die auf den eigenen Geldbeutel fremd, und nur strengste Kontrolle kann sie zur Pflichterfüllung bewegen."

In derselben Nummer der „Schutzmannszeitung" wird aus einer Berliner Tageszeitung der Nachweis eines seit achtzehn Jahren im Dienste befindlichen Eisenbahnbeamten abgedruckt, daß er mit einem Jahreseinkommen von 2100 Mark nicht auszukommen wisse. Der Mann schreibt u. a.:

„Seit fünf Tagen muß ich mit trockenem Brot meinen Dienst verrichten. Gute Wurst darf ich mir nicht leisten. Kochwurst kann ich nicht mitnehmen. Sie ist gewöhnlich schon sauer, wenn die Frau damit nach Hause kommt. Dieses Leben ist meinem Dienst nicht zuträglich. Wenn wir keine Teuerungszulage bekommen sollen, dann wäre es doch Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß der Wucher aufhört und wir die Ware zu einem angemessenen Preise erlangen."

So berechtigte Klagen werden also bei einem Einkommen von 2100 Mark laut. Was fangen wohl die vielen hunderttausende Familien an, die die Hälfte oder noch weniger zu verzehren haben? Es ist unbegreiflich, daß es noch immer Leute gibt, die eisenstirnig die Entbehrungen des Volkes leugnen.

— **Was ist Wucher?** Das „Saalfelder Volksblatt" berichtet aus Weimar: „An einem einzigen Faß Speiseöl „verdiente" kürzlich ein Kaufmann 600 Mark. Das „gute Geschäft" betrachtete die Behörde als Kriegswucher. Eine gepfefferte Strafverfügung war die Folge. Der Kaufmann legte dagegen Berufung ein, und es glückte ihm unter dem Beistand eines tüchtigen Rechtsanwalts — der sonst als Gemeinderatsmitglied auf die unerhörte Lebensmittelverteuerung gar nicht gut zu sprechen ist — sowie eines Sachverständigen, den Nachweis zu führen, daß der Verdienst von 600 Mark zwar ein gutes Geschäft, aber kein Wucher sei. So erfolgte kostenlose Freisprechung.

* **„Die Profitwut der Erzeuger."** In der landwirtschaftsfreundlichen Regungen gewiß nicht verdächtigen „Kölnischen Volkszeitung" schreibt ein Angehöriger der Verwaltung einer kleineren Gemeinde im Hinblick auf die Frühkartoffelernte u. a. folgendes: „Alles, was nur an Kartoffelsträuchern hing, wurde geerntet und versandt, um nur die hohen Preise zu erzielen. Ich selbst habe neun Wagen Kartoffeln bezogen, von denen sich einer für die menschliche Ernährung eignete, die übrigen aber eben noch als Viehfutter abzusetzen waren. Eine Wagenladung war völlig verfault, die übrigen waren nicht einmal drei Tage lagerfähig, weil sie sämtlich unreif und viel zu früh geerntet waren; Kartoffeln von Walnußgröße waren mehr als die Hälfte in jeder Ladung vorhanden. Zum geringen Teil mag an allem die Preisfestsetzung des K. E. A. die Schuld tragen, zum allergrößten Teil aber die Profitwut der Erzeuger, die alles an Kartoffeln herausbrachte, was nur vorhanden war.

„Die hohen Preise sind durch nichts zu rechtfertigen."

Die Polizeiverwaltung in Tilsit schreibt der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung":

Es muß leider festgestellt werden, daß die auf den hiesigen Wochenmärkten für Gemüse aller Art, Obst und sonstige Landeserzeugnisse geforderten Preise fast ausnahmslos viel zu hoch sind. Diese hohen Preise sind durch nichts zu rechtfertigen, da weder eine Knappheit an diesen Erzeugnissen besteht, noch eine den geforderten Preisen auch nur halbwegs entsprechende Steigerung der Produktionskosten stattgefunden hat. Im Westen der Monarchie sind die Preise denn auch erheblich billiger. Es ist eine selbstverständliche vaterländische Pflicht eines jeden Verkäufers, für seine Erzeugnisse nur angemessene Preise zu nehmen. Ein jeder sollte sich schämen, aus dem Kriege besondere Vorteile herausschlagen zu wollen, die er im Frieden nicht haben würde. Es sei auch nochmals betont, daß es unter schwere Strafe gestellt ist, unangemessen hohe Preise zu fordern. Die hiesigen Polizeibeamten sind angewiesen worden, das den Markt besuchende Publikum nach Kräften vor Uebervorteilungen zu schützen und Zuwiderhandlungen gegen die Kriegswucherverordnung des Bundesrats zur Anzeige zu bringen. Die Gerichte werden es an einer empfindlichen Bestrafung nicht fehlen lassen.

Hierzu bemerkt die „Tilsiter Allgemeine Zeitung" u. a.: **Der Appell an die vaterländische Pflicht und an das Schamgefühl fruchtet, wie die Erfahrung gelehrt hat, nichts.**

— **Riesenkriegspreise.** Der „Lokalanzeiger" schreibt im Handelsteil: Einen Riesengewinn weist die Wittener Hütte, Akt.-Ges., in Witten für das Geschäftsjahr 1915 aus. Diese mit einem Aktienkapital von nur 100 000 Mark arbeitende Gesellschaft erzielte einen Jahresgewinn von nicht weniger als 1 787 161 Mark, also das Siebzehnfache ihres Aktienkapitals. Sie hatte schon für das Jahr 1914 mit 941 697 Mark einen ganz ungewöhnlich hohen Betriebsgewinn aufzuweisen, der sich aber diesmal fast noch verdoppelt hat. Nach 673 946 Mark (375 942 Mark) Abschreibungen, wovon allein 524 900 Mark für Betriebszeug kommen, ergibt sich einschließlich des Vortrags von 125 742 Mark aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 340 140 Mark (160 742 Mark). Daraus werden 170 000 Mark (25 000 Mark) der Rücklage II überwiesen, die damit auf 595 00 Mark anwächst, ferner 25 Prozent (10 Prozent) Dividende verteilt und 145 140 Mark (125 742 Mark) vorgetragen. Die Gesellschaft betreibt eine Stahlformgießerei und eine mechanische Werkstatt. Sie ist in der Hauptsache wohl mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt.

Müssen Kriegslieferanten solche Gewinne einheimsen?

* **Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut** in Berlin, Potsdamer Straße 75, hat mit Zustimmung des Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers auf Grund des § 2 der Verordnung vom 5. August 1916 über die Verarbeitung von Gemüse bestimmt, daß Sauerkraut bis zum 1. September 1916 noch ohne ihre Genehmigung im Einzelfalle geliefert werden darf. Dadurch ist Fürsorge getroffen, daß in dem Handel mit Sauerkraut keine Stockung eintritt. Die Gesellschaft wird bis zum 1. September 1916 die Preise und die näheren Bedingungen für den späteren Absatz von Sauerkraut festsetzen.

— **Warum das Schuhwerk so teuer ist.** Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung der Dividenden, die von einer Reihe Leder-Aktiengesellschaften erzielt worden sind:

	1915	1914
Niederrheinische A. G. in Wickrath . . .	28 Prozent	15 Prozent
Aachener Lederfabrik in Aachen	20 „	10 „
Akt.-Ges. für Militäreffekten in Cresden .	18 „	8 „
Lothringer Lederwerke St. Julien . . .	10 „	3 „
Conrad Tack & Co. in Burg	20 „	12 „
Lederfabrik Hirschberg A. G. in Hirschberg	20 „	12 „
Celler Lederwerke A. G. in Celle	20 „	10 „
Akt.-Ges. Gebr. Fahr in Pirmasens . . .	20 „	5 „
Wandsbecker Lederfabrik in Wandsbeck .	30 „	10 „
Lederwerke Spicharz in Offenbach a. Main	25 „	12 „
Lederwerke Wieman A. G. in Hamburg .	30 „	20 „

Den Vogel aber abgeschossen hat die Adler- und Oppenheimer Akt.-Ges. in Straßburg, die bei einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1915 einen Gewinn von 12 232 569 Mark erzielt hat.

— **Pappsohlen statt Leder.** Die Zweibrücker Strafkammer hatte sich mit einem unglaublichen Fall von Pappschwindel zu befassen, zu dem 50 Zeugen und 5 Sachverständige geladen waren. Der Schuhfabrikant Bernhard Bachmann aus Pirmasens, der sich seit Kriegsbeginn mit der Schuhfabrikation beschäftigt, stand vor der Strafkammer. Bachmann stellte wöchentlich über 200 Paar Stiefel her, die er als „erstklassige Kinder- und Mädchenschuhe" bezeichnete, und über ganz Deutschland vertrieb. Auch Berliner Händler waren seine Abnehmer. Die Laufsohlen und Brandsohlen der Schuhe waren aus Pappe mit dünnem Lederüberzug hergestellt und lösten sich auf, wenn sie naß wurden. Der durch Bachmann verursachte Schaden beträgt etwa 100 000 Mark. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis.

Danziger Nachrichten

Theaterstimmung.

Von dem früheren Theaterdirektor Grützner und seinen Freunden wurde das dem Publikum fast ständig servierte Operetten-Amüsement damit verteidigt, daß das Publikum für höhere Kunst nicht reif sei und andere Darbietungen gar nicht wolle. Für Kenner des Theaters und des Theaterpublikums konnten solche Ausreden die Tatsache nicht verschleiern, daß solche Spielereien, wie sie das Stadttheater in dem letzten Winter bot, auch den besten Kunstgeschmack verderben müssen. Eine schlechte Auffassung des Publikums wäre dann eben nicht die Ursache, sondern die Folge des schlechten Theaters gewesen. Erfreulicherweise ist dies Verderben aber doch nicht in dem vermuteten Umfange eingetreten. Auf die Lobreden der Gönner Grützners, die in gewissem Umfange auch die Schutzpatrone des Herrn Gottscheid aus Posen sind, hat das Publikum geradezu mit einer Katastrophe seiner Willensmeinung geantwortet. Am 16. September beginnt die neue Spielzeit unter Leitung des Direktors Schaper. Sie beginnt mit einem sehr verheißungsvollen Vorzeichen. Es sind nämlich schon jetzt sechsmal soviel Dauerkarten verkauft worden wie im Vorjahre. Unter der Wucht dieses Urteils müssen alle Beschönigungen für die Unfugenden der Grützneriaden Zeit wie Spreu im Winde verfliegen. Das Danziger Publikum hat sich durch dieses gesunde Urteil, wie wir gern anerkennen, ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Deutsche Kriegsausstellung Danzig 1916
Sporthalle Große Allee.

Die Ausstellung wird am 2. September eröffnet.

Die Kriegsausstellungen in den verschiedenen Großstädten haben jetzt überall recht gut abgeschnitten. In Karlsruhe hat sich ein Ueberschuß von rund 40 000 Mark ergeben. Auch in Darmstadt war das Ergebnis sehr gut. Vom Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz und von den ausführenden örtlichen Organisationen ist dafür gesorgt, daß den verschiedenen Ausstellungen durchaus gleichwertiges Bautematerial zur Verfügung steht. Außerdem ist man darauf bedacht, in den verschiedenen Provinzen auf die Ruhmestaten der dort zuständigen Regimenter hinzuweisen, damit ein gewisser Sonder-Charakter der Ausstellung gewahrt bleibt. Das wird auch in Danzig der Fall sein. Hier hofft man einige Stücke aus der Skagerrak-Seeschlacht, zerschossene Panzerplatten und sonstige Gegenstände ausstellen zu können, die ein Bild von den Gewalten geben, die sich in einem modernen Seekampf entfalten. Ferner werden einige interessante Stücke, alte Geschütze aus dem 16. resp. 17. Jahrhundert, aus Danzig selbst zur Ausstellung kommen. Sie sind seinerzeit von den Schweden gegen Danzig verwendet und bei einem für die Danziger ruhmreichen Gefecht den Feinden verloren gegangen. Vor einigen Jahren sind sie bei der Ausbaggerung der Weichsel am Danziger Haupt zutage gefördert, aber noch nirgends weiteren Kreisen gezeigt worden, sodaß sie in dieser Ausstellung zum ersten Male an die Oeffentlichkeit kommen.

Die Kriegsausstellung wird in ihrer Gesamtheit ein eindrucksvolles Bild deutscher Arbeit und deutscher Organisation im Weltkriege darstellen. Auf eine gut künstlerische Durchführung der Ausstellung ist auch hier besonderer Wert gelegt.

Wintergarten.

Das gegenwärtige Programm erhält seine besondere Färbung durch das ausgezeichnete Spiel des Verwandlungsschauspielers Karl Braun. Sein Komponistenwettstreit hat seinen Ruf wohl in ganz Deutschland gefestigt. Aber auch die Komödie, die er seinem Spielplan eingefügt hat und die sich Bemmchens Eheglück nennt, stellt er glücklich dar. In ausgezeichneter Anpassung an die Eigenart jeder Rolle verkörpert er nicht weniger als acht Personen, die in verblüffender Schnelligkeit auf der Bühne wechseln. Der Gesamteindruck ist durchweg gut. Herr Braun feiert am 30. August im Wintergarten den Tag, an dem er vor 25 Jahren die Bühne betreten hat. Wir wünschen dem tüchtigen Künstler für seinen Ehrenabend vollen Erfolg. Den Besuch dieses Abends können wir angelegentlichst und gern empfehlen. Die vier Renellos nennen sich nicht umsonst die fliegenden Menschen. Es ist erstaunlich, wie die Dame hoch oben durch die Luft von dem männlichen Partner einer anderen Dame zufliegt. Es wirkt stark auf die Nerven, da sie diese Leistung schließlich mit verbundenen Augen und einem Sack über den Kopf ausführt. Auch Ada Waldorfs lebende Schaukel ist eine kühne gymnastische Darbietung. Die akrobatischen Neuheiten von Oswaldo und seiner Partnerin wurden von der Dame wie dem Herrn mit Sicherheit ausgeführt. Der letzte Teil ihrer Vorführungen, bei dem der Künstler auf dem Kopf der sitzenden Dame arbeitet, macht keinen günstigen Eindruck. Was der Künstler auch in diesem Falle bot, verdiente Anerkennung. Schließlich kommt für den Zuschauer aber nicht allein die Gewandtheit, sondern der Gesamteindruck in Frage. Und es sieht nun einmal nicht gut aus, wenn jemand auf dem Kopf einer Dame in diesem Umfange balanziert. Das Gefühl des Mitleids läßt sich dabei nicht unterdrücken, und dazu sollte kein Anlaß geboten werden. In jeder Hinsicht angenehm wirkt die lebhafte Kunst des Reifenwerfens der zwei Olborns. Besonders hübsch und geschmackvoll versteht Oliska aus Sand und Rauch schnell hübschwirkende Gemälde zu erzeugen. Der Blumenkorb macht ihrem Können alle Ehre. Auch sonst wird durch andere, hier nicht genannte Vortragende Gutes und Lobenswertes geboten.

Auch dieses Programm wird am Sonntag nachmittag ½4 Uhr genau so wie am Abend zu mäßigen Preisen durchgeführt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

APOLLO-THEATER

Hl. Damen Nr. 3

Neues Spielplan vom 18. bis 21. August 1916

Ein Wettlauf zum Leben
Drama aus dem modernen Leben in 3 Akten

Die gelbe Rose
Sittendrama in 3 Akten

Der Spuk in der Mühle
Lustspiel in 2 Akten

Verflucht sei Ihr Stamm
Zigeuner-Drama

Stubenarrest
Humoreske

Diverse Einlagen

Ausserdem ein besonders schönes Jugend-Programm.
Kinder- und Jugend-Vorstellung Sonnabend um 4 Uhr.
Sonntag nachmittag Anfang 3 Uhr. 1907

Buchhandlung Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse 32

Soeben erschienen und ist bei uns vorrätig:

Es lebe der Frieden
Von Philipp Scheidemann
Preis 40 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg.
Eine am 20. Juni 1916 in Breslau gehaltene Rede.
Von Philipp Scheidemann.
Preis 10 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Von dort marschierten sie.
Kriegserlebnisse aus dem Osten
Von Erich Kuttner.
Preis 50 Pfg. — Porto 5 Pfg.

Der Wille zum Frieden.
Amtlicher stenographischer Bericht über die Beratung der sozialdemokratischen Friedensinterpellation in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 9. Dezember 1915 nebst der am 21. Dezember 1915 vom Abgeordneten Ebert abgegebenen Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion zu der 4. Kriegskreditvorlage.
Preis 10 Pfg. — Porto 3 Pfg. Feldpost frei.

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.
Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Preis 40 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Für die Einheit der Partei.
Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Preis 20 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Zur Lage der Partei.
Von Konrad Haenisch.
Unveränderter Abdruck der Artikel aus dem Hamburger Echo, welche sich mit den Vorgängen, die sich am 21. Dezember 1915 im Reichstag und in der Fraktion abspielten, beschäftigen.
Preis 15 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis.
Von Dr. Lensch
(Separatausgabe der im Hamburger Echo erschienenen Artikelserie.)
Preis 15 Pfg. — Porto 3 Pfg. — Feldpost frei.

Meine

Winter-Putzausstellung

ist eröffnet

und bitte um Besichtigung meiner Schaufenster

Grosses Lager

in eleganten und billigen

: Sammet-, :
: Velour- :
und
Filzformen

sowie sämtlichen anderen Putzartikeln

Umarbeitungen

bitte ich jetzt schon ausführen zu lassen: auf prompte und saubere Ausführung wird geachtet

Putzmacherinnen erhalten auf alle Zutaten Preisermäßigung

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4 — Lawendelgasse 4

313

Drucksachen
für Handel und Gewerbe sowie jeden privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Flach- und Rotationsdruck
Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse Nr. 32

Ansichtskarten
von Danzig und seiner schönen nahen und weiteren Umgegend für Reisen und zur Erinnerung! Beste Ausführung, ein- und mehrfarbig, zu billigen Preisen.

Moderne
Künstlerkarten
reiche Auswahl jeder Art, die hochkünstlerische und farbenfreudige Ausführung dieser Meisterwerke fördert den guten Geschmack und macht sie zur Zierde jedes :: :: Arbeiterheims :: ::
Unsern Feldgrauen bereiten wir dadurch hohe Freude.

Kleine Rahmen ebenfalls vorrätig.
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.

In über 100 000 Exemplaren wöchentlich erscheint die

Münchner Jugend

Begründer Dr. Georg Hirth
Bekannteste und verbreitetste farbig illustrierte Kunstzeitschrift mit politischem Inhalt
Bezugspreis ab 1. Oktober
vierteljährlich Mark 4.60
einzelne Nummern 45 Pf.
Probenummer kostenfrei
Alle Buchhandlungen, Postanstalten und Zeitungsgeschäfte, sowie der unterzeichnete Verlag nehmen Bestellungen entgegen
München, Verlag der „Jugend" Lessingstraße 1

BORG's Hindenburg-Zigarette

etwas ganz Hervorragendes. 3½ Pfg. überall erhältlich. 1283

Bekanntmachung.

Hilfsbereite Männer aller Berufsarten von guter Führung, welche entweder völlig militärdienstfrei oder dauernd garnison- oder arbeitsverwendungsfähig sind und die bereit sind, der freiwilligen Krankenpflege ihre Kräfte zu widmen, können täglich in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr vormittags auf dem Oberpräsidium, Zimmer 91, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden.

Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
Oberpräsident von Jagow. 1312

In Freien Stunden
Verlag Buchhandlung Vorwärts
Wöchentlich ein illustriertes Heft Preis **15 Pf.**
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man nicht achtlos fort, sondern lege sie uns noch Interessierenden zukommen.

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl. — *Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen.*
Julius
Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Weckeruhren in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 294

Echt gekachelten garant. rein. **Schnupftabak** offeriert
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakkachelei,
Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

Schutzmarke

Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett
jetzt
beschafft, kauft billiger als während der Saison.

Tran muß das Schuhfett enthalten, wenn es wasserdicht machen soll.

Dr. Gentner's Schuhfett Tranolin und Universal-Tran-Lederfett
sind erstklassige Schuhfette und können prompt geliefert werden. Ebenso der beliebte **nichtabfärbende** Oel-Wachs-Lederputz **Nigrin.**
Heerführerplakate.

Fabrikant: Carl Gentner, chem. Fabrik, Göppingen (Württbg.). 1306